Mehr aber steigen an der Börse die Kurse. Und die Vaterlandsliebe des Kapitals wirft sich wertvoll dieserweise auf die Effekten derjenigen Werte, die vom „Feind" besetzt sind. An der Berliner Börse steigen die Kurse der rheinisch-westfälischen Industrie um zehntausende Prozentzahlen. Aus dem „Gott gab ich für Eisen" aus alnordern Zeiten, wurde das „Mark gab ich für Devisen". Alles flüchtet sich aus der Mark. Erstens ist das steuerfrei und dann sicher vor Valutaverlusten. Die Mark sinkt von Tag zu Tag und die Proletarier, die sich um die Lohnerhöhung prellen lassen, können jetzt Betrachtungen über die Nützlichkeit der Gewerkschaften und Tarifverträge anstellen.

Die 50proz. Kohlenpreiserhöhung und die Erhöhung der Eisen- und Stahlpreise ist in der bisherigen Preissteigerung aber noch gar nicht zum Ausdruck gekommen. Die Erhöhungen für Kraft, Licht, Transport usw. werden erst jetzt angekündigt. Die Preissteigerung in der zweiten Januarhälfte muß also notwendig stetier vor sich gehen als bisher. Der Proletarier behält dafür mit seiner Vaterlandsliebe auch seine Papiermark.

Berliner Metallindustrie

Die BG.-Korrespondenz teilt der Presse mit, der Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie mit 15 Prozent Zuschlag für die 1. und 15 Prozent für die 2. Januarhälfte sei mit den Stimmen der Arbeitnehmerbeisitzer (d. h. der Gewerkschaftsbeamten. Red. d. „KAZ.") gefällt. Die Urabstimmung sei ohne jede Kontrolle und unter nur außerordentlich geringer Beteiligung und unter Ausschluß der Unorganisierten vor sich gegangen, weshalb füglich bezweifelt werden dürfe, ob sie die notwendige Dreiviertelmehrheit für den Streik ergeben habe. Eine genaue Zahlenangabe sei nicht veröffentlicht worden, „weil die genannten Zahlen doch vielleicht ein anderes Bild ergeben würden."

Der Verband Berliner Metallindustrieller habe für die zweite Januarhälfte ein über den Schiedsspruch hinausgehendes Angebot von durchschnittlich mehr als 20 Prozent gemacht und die Familienzulage um 50 Prozent erhöht, für die Ehefrau als 12 Mark und für jedes Kind auf 24 Mark je Stunde.

Da die Proletarier sich in ihrer unbegreiflichen Lethargie zwangsweise von den Funktionären und Betriebsräten in den Gewerkschaften halten lassen, ist es begreiflich, daß die „Aktionen" der Gewerkschaften, die Abstimmungen, stets „unter außerordentlich geringer Beteiligung" vor sich gehen. Die nicht an der Abstimmung beteiligt gewesenen Arbeiter des Betriebes werden von den Gewerkschaften bekanntlich als „ablehnend" gezählt. So haben die Gewerkschaften es stets in der Hand, ob sie streiken lassen wollen oder nicht. Zum Streik kommt es höchstens, wenn die hohe Bürokratie den Proletariern zur Aber lassen will, um sie für später zu erwartende Kämpfe in einem Solidaritätsstreik unschädlich zu machen.

Rußland

Ueber die Entwicklung in Rußland bringt die „Deutsche Bergwerkszeitung", das wirtschaftliche Organ des Herrn Stinnes einen Artikel, bei wir hier ohne Kommentar wiedergeben. Die Phrasen der 3. Internationale über ihren „Kampf" gegen das Kapital verfallen angesichts dieser Feststellungen von selbst der Lächerlichkeit und zeigen, daß dieselbe eben nur gegen einen „markierten Feind", wie Kleinom sich in der „DAZ." ausdrückt, kämpft, um das Proletariat für den kapitalistischen Aufbau einzuspannen.

„Man macht sich in Westeuropa meist keine klare Vorstellung davon, wie gewaltig der Ruf vom Kommunismus zum Staatskapitalismus in Rußland tatsächlich ist. Vom sozialistisch-kommunistischen Aufbau der Jahre 1917 bis 1920 hat nur noch Schlagwort und die Devise übrig. Rußlands Regierung ist mit „proletarischem" Geiste erfüllt. Nichts beweist dies deutlicher als die neuen Gesetzesvorlagen, die die 4. Session des Zentralexekutivkomitees der Sowjets Ende Oktober angenommen hat. Mit diesen neuen Gesetzen ist der Kommunismus wohl endgültig überwunden und erledigt: man ist bemüht, eine neue Rechtsordnung zu schaffen, die das russische Wirtschaftsleben im kapitalistischen Sinne sichern und beschützen soll.

Natürlich bietet man alles an Dialektik auf, um den „Beweis" zu erbringen, dieser Staatskapitalismus sei eine Form sozialistisch-kommunistischer Evolution und die Verbreitung zu einem Glauben zu bringen, es sei echter Marxismus. Nichts ist verständlicher, als daß Trotzki, Sinojew u. Co., die den internationalen Proletariat — besonders jedoch den deutschen! — die Weltrevolution predigen, sich bemühen, das Gesicht zu wahren und konsequent zu erscheinen. Die lasse man ihnen! Den Spiel mit Begriffen, wortreiche Kunstkniffe werden vielleicht einen bewußten Betrügern ernst genommen werden können. Mag Trotzki immerhin behaupten, der Kommunismus habe der Bourgeoisie geringere Konzessionen gemacht als 1918 bis zum Kriege, bei Arbeitern aber sei Kritik, sogar offenere Sprache jetzt dürften mehr Gemicht haben als seine Reden. Insbesondere die Tatsachen des neuen Arbeitsgesetzes und des neuen bürgerlichen Gesetzbuches der Sowjetrepublik. Die Sowjetregierung entbietet mit ihrer neuen Gesetzgebung doch, welche Wirkungen sie anstrebt, was sie schätzen und was sie bekämpfen will. Und hier ist ein Wandel festzustellen, der alles in den Schatten stellt, was an Entwicklungs- und Wandlungsfähigkeit wohl je von einer und derselben Regierung geleistet worden ist. Von den Errungenschaften der Revolution ist so gut wie nichts mehr übrig geblieben.

Bisher bestand das kriegskommunistische Arbeitsgesetz aus dem Jahre 1918, welches auf der allgemeinen Arbeitspflicht beruhte. Am März 1922 wurde die Arbeitspflicht mit allen Vorschriften über die Mobilisierung des Industrieproletariats, Militarisierung der Arbeit usw. aufgehoben. Geblieben sollte die Verbindung der Arbeiter auf Grund gegenseitigen Uebereinkommens des Arbeiters mit dem Unternehmer bestimmen. Dann kam neue Gesetz regelt nur noch das Minimum des Arbeitslohnes und der Arbeitszeit. Der Achtstundentag bleibt nominell obligatorisch und wird für „unterirdische" und gesundheitsschädliche Arbeiten auf sechs Stunden herabgesetzt. Der gesetzliche Mindestlohn gilt auch für die Privatindustrie als niedrigste Grenze. Der Arbeitgeber darf unter im Falle der Untauglichkeit des Arbeiters oder bei Einschränkung des Betriebes Entlassungen vornehmen. Der Arbeiter hat das Recht, eine Schiedsinstanz zu halten. Der Arbeitgeber, der bisher alle ihm vom Arbeitsamt zugewiesenen Arbeiter einstellen muß, hat das Recht, die ihm nicht zusagenden Arbeiter abzustoßen. Auch sind die Arbeitgeber nicht mehr verpflichtet, Kollektivverträge mit ihren Arbeitern abzuschließen, sondern können einzelne Arbeiter anwerben und mit diesen Einzelverträge abschließen. Die Gleichstellung Minderjähriger mit erwachsenen Arbeitnehmern ist abgeschafft. Alle Rechte der Fabrikräte und Gewerkschaften bei Streitfällen des Betriebsrates zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind aufgehoben.

Charakteristisch ist, daß die Gewerkschaften fast mit dieser Regelung einverstanden erklärten, da sie nur noch Privatangestellten zum Schutz der Arbeiterrechte dienen wollen. Die Gewerkschaften, die bei den Kommunisten mehr gelten, die je doch nicht abgeschafft werden sein. Der Eimmonb Bartos, aus Westeuropa zu diesen Gesetzen sagen würde (!), wurde vom Gewerkschaftsführer Tomski in der Diskussion, bei der Kamenew bisher Gehilfen im Plenum vertreten, mit der Erklärung abgetan, auf Westeuropa würden keine Diskussionen mehr über Betriebsräte oder sog. Jeant das russische Arbeiterrecht nicht mehr.

Den gleichen Geist entdeckt man bei den neuen bürgerlichen Gesetzbüchern. Kollektivrechte bei Bodenpachtverträgen und Verträgen von Kunstschulen als selbstverständlicher Grundsatz gelt, sind jetzt Kapitalisten nur als geringste Grenze möglich oder gewisse Beteiligung schwunder Gelände berechtigt (Art. 17, 69 und 156).

4 große öffentliche Versammlungen

Freitag, den 19. Januar 1923

Norden:
Phanus-Säle, Müllerstraße 142

Charlottenburg:
Schulaula, Guerickestraße 42

Neukölln:
Allems Festsäle, Hasenheide

Ostbahnhof:
Oppermanns Festsäle, Küstriner Platz

Thema:
Der wirtschaftliche Zusammenbruch und die Ruhrbesetzung! Ein neues 1914??

Als ausreichende Sicherung kann eine solche Bestimmung natürlich nicht gelten, sie bedeutet jedoch immerhin einen Schritt weiter. Sodann wird festgestellt, daß alle vom Staate nationalisierten und mimigisierten Unternehmungen, Eisenbahnen, Schiffe, Häuser usw. weder verkauft noch verpfändet, noch aber, wenn der Staat sie nicht selbst verwalten will, auf gesetzlicher Grundlage verpachtet werden dürfen. Die Wiederherstellung des Privateigentums wird nicht ausdrücklich proklamiert, wird jedoch faktisch insofern zur Tatsache, als das Erbrecht wieder eingeführt wird.

Dieses neue Bürgerliche Gesetzbuch soll ebenso wie die neue Gerichtsordnung am 1. Januar 1923 in Kraft treten."

Probleme der Weltrevolution

(Zur Programmfrage)

Stadt und Land

III.

Die künftige proletarische Revolution muß also die Fehler der vergangenen Revolution zu vermeiden suchen. Es gilt vor allen Dingen, die Proletarier an die kommunistische Wirtschaftsweise zu fesseln, ihre Eigeninitiative zu heben. Zunächst muß die Ernährung sichergestellt werden. Denn die wird viel schwieriger sein wie jetzt. Wenn auch eine proletarische Revolution in Deutschland sofort die anderen europäischen Staaten wie Frankreich, Italien, Schweden, Oesterreich, Tschechoslowakei mit in ihren Strudel hineinziehen wird, und auch das Uebertspringen des revolutionären Funkens auf England wahrscheinlich ist, so wird doch Amerika, (sowohl Nord-, als auch Südamerika, noch lange eine Hochburg des Kapitalismus bleiben. Die proletarischen Staaten müssen also selbst das an Nahrungsmitteln produzieren, was sie zur Ernährung ihrer Bevölkerung gebrauchen. Eine ganz intensive Bodenbewirtschaftung muß einsetzen. Zum Anfang hat man noch mit einem ungeheuren Widerstand der Bauern zu rechnen. Denn die Bauern sind nun einmal ihrer gesellschaftlichen Stellung nach Verteidiger der privatkapitalistischen Wirtschaftsform oder genauer ausgedrückt Vertreter des Nachfeudalismus, also Klassengegner des Proletariats.

Wir kommen also wieder zu der schweren Aufgabe der Regelung des Verhältnisses zwischen Stadt und Land, der Aufgabe, an der Sowjetrußland gescheitert ist. Die KPD., für die die Fehler anscheinend nur dazu sind, sie immer wieder zu machen, schlägt auch hier wieder vor, genau wie in Rußland, den Privatbesitz an Grund und Boden für heilig zu erklären. Das wirkte aber zu ähnlich schlimmen, vielleicht noch schlimmeren Fiasko führen wie in Rußland. Wenn man diese Maßnahmen der Bolschewiki auf Grund der Zusammensetzung der Bevölkerung noch verstehen kann, so wird diese Maßnahme in Westeuropa angesichts Irrtum. Wenn man erkennt hat, daß die Bauern Verteidiger des Proletariats sind, kann soll man ihnen nicht schmeicheln, sondern soll sie auch als Gegner behandeln. Nicht etwa in der Form, daß man auf Land geht und ihnen alles fortnimmt; das wäre unsinnig ein jetzt. Welch eine „vaterländische" Politik wäre es für kurze Sicht, das hiege die Voraussetzungen für eine Hungerkatastrophe schaffen. Man soll aber ruhig auf die Mitsitze der Bauern verzichten, wenn sie sich nicht freiwillig anschließen. Wir haben ein Interesse daran, daß die Bauern ihre Ernte genießen, auf den wir uns stützen können: den Landarbeiter. Ist der Bauer der Kleinbürger des Dorfes, so ist der Landarbeiter der Proletariat des Dorfes.

Es gilt schon jetzt an den Landarbeiter heranzukommen und aus ihm einen bewußten Klassenkämpfer zu machen. Trotzdem der Landarbeiter auf Grund seiner landunterstützten Lebensbedingungen von Natur aus revolutionärer ist (man findet vielfach jetzt Wald des Bauern, der Landarbeiter ist ein Proletarier), ist es doch schwere Arbeitsarbeit neben dem Deputat ganze 300 (treibhundert) Mark Bahn wöchentlich erhalten), so ist doch sehr schwer an ihn heranzukommen, denn er ist wirklich nicht in der Lage, sich eine wirklich revolutionäre Partei, wie die KPD., ist nicht in der Lage, die Literatur und Zeitung umsonst liefern zu können. Infolgedessen haben wir jetzt den Zustand, daß der Stadtproletariat und Landproletariat nicht mehr zusammen sind; als wenn sie heute Welten voneinander getrennt sind. Wenn es gelingt, die Landproletarier in die revolutionäre Propaganda mit einzubeziehen, und das ist nur eine finanzielle Frage, so ist das Spiel gewonnen.

Nach Eroberung der Macht müssen wir uns auf die Landarbeiter stützen. Als allererste Maßnahme muß das Eigentumsrecht an Grund und Boden grundsätzlich aufgehoben werden. Die großen Güter sind in Wirtschaftskommunen zu verwandeln. Vermutlich bildet einen Landarbeiterrat. Die großen Bauernhöfe und kleinerer Güter sind zu Dorfkommunen zu vereinigen. Vermutlich durch einen Bauernrat. Den kleinen und mittleren Bauern kann man, da im Umfang wichtigeres zu tun ist, als sich um jeden einzelnen kleinen Betrieb zu kümmern, ihre Selbständigkeit lassen. Dieselben haben aber lediglich die Vermutung, daß Staatseigentum zu bedenken, die, wenn sie sabotieren oder die Unbeweglichkeit bestellen, von Haus und Hof verjagt werden können. Die Sowjetgüter und Dorfkommunen haben beispielsweise zu verteilen. Der Boden ist zu intensiv für die möglich gemachten Kredite, Saatgut, Stallfutter, Dünger, Maschinen usw. Bodenbearbeitung ausschließlich maschinell. Die Sowjetgüter und Dorfkommunen sind gegenüber den selbständigbleibenden Bauern, in jeder Beziehung günstiger zu stellen. (3. B. Lieferung von Stallfutter, Dünger, Maschinen an Sowjetgüter und Dorfkommunen zu äußerst günstigen Bedingungen, an die Bauern nur gegen sehr hohe Entschädigung.) Es muß erreicht werden, daß die „Selbständigkeit" unrentabel wird, und daß die Bauern mit ihrer reinbäuerlichen Einstellung durch die harte Konkurrenz der Zahlen sehen die Ersparung eingeblüht wird, daß die Zeit der Profitmacherei zu Ende ist und es jetzt gilt, sich einzuordnen und im Interesse und zum Wohle der Gesamtheit mitzuarbeiten. Die kleinen und mittleren Bauern müssen in den von ihnen gewünschten Konkurrenzkämpfe durch die wirtschaftlich und auch sonst in jeder Beziehung günstiger gestellten Dorfkommunen und Sowjetgüter niederkonkurriert werden. Man soll ihnen nicht vorwerfen, freiwillig den Dorfkommunen beigetreten, man soll sie aber auch nicht dazu zwingen. Denn eine solche Zwangsorganisation würde den Nachteil aller Zwangsorganisation haben; sie würde keine Herrschaftsmittel der proletarischen Diktatur, sondern eine Organisation der kleinbürgerlichen Bauern mitsichen. Die Bauern müssen von allein zu uns kommen. Sie kommen erst dann zu uns, wenn sie jeden Interesse an der privatkapitalistischen Produktionsweise verloren haben. Diesen Prozeß zu beschleunigen, das ist unsere Aufgabe.

Daß wir dannoch alles tun müssen, um durch Massenbeeinflussung die Ideologie auch der Bauern zu beeinflussen, ist selbstverständlich. Ueber die Methoden dazu wird Näheres im nächsten Kapitel gesagt werden.

Die Frage so angefaßt, werden die Unbaumöglichkeiten gesteigert, die Ernährung sichergestellt werden können und wird die Frage der Regelung des Verhältnisses zwischen Stadt und Land aufhören, eine Gefahr für die proletarische Revolution zu sein.

Anmerkung: In der letzten Nummer ist ein sinnentstellender Druckfehler unterlaufen. Mit seltener Beharrlichkeit wird der immer von „Komitees der Dorfarmee" geredet. Wie der aufmerksame Leser schon gemerkt haben wird, soll es immer heißen: „Komitees der Dorfarmen".

Aus der Internationale

Die Lage in Deutsch-Oesterreich

Ein Genosse aus Wien schreibt uns:

Die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutsch-Oesterreich haben sich derartig verschlechtert, daß auch die Arbeiterschaft allmählich ihre Lage begreift. Noch nie war für unsere Propaganda ein derartig günstiger Boden vorhanden wie jetzt. Die Zustände werden sich aber noch verschlimmern, wenn sich in einigen Monaten die Folgen des neuen „Sanierungsprogramms" zeigen werden. Die Furcht vor diesen Folgen läßt schon die Krise bemerkbar machen. Der Lohnabbau geht parallel mit dem Lohnempfänger-abbau mit der Entlassung der Arbeiter und Angestellten. Die Betriebe arbeiten nicht aber nur mit verkürzter Arbeitszeit. Bei einem Preisabbau in Bedarfsartikeln ist aber kaum etwas zu bemerken. Die Läden sind leer; man verkauft nichts. Die Arbeitslosigkeit nimmt schrecklich zu:

Die verschiedensten Maßnahmen der „starken Faust" werden allmählich durchgeführt. Man beginnt in den Betrieben die alte Disziplin wiederzugestellen. Die Betriebsräte und die Betriebskontrolle werden aufgehoben. Bei Lohnbewegungen gebrauchen die Unternehmer einen andern Ton wie früher; Aussperrungen sind an der Tagesordnung. Die hiesigen Arbeiter, die bei Jahrelang für ihre „Errungenschaften" demonstriert haben und die heutigen Verhältnisse gar nicht gewohnt sind, stehen ganz überrascht da. Man schweigt und staunt; eine Ruhe herrscht. Die Ruhe vor dem Sturm. Der Staat aber trifft schon seine Vorbereitungen für den Sturm. Die militärische Macht wird verstärkt und „gereinigt". Die zuverlässigen fliegen hinaus, unzuverlässige Bestände werden aufgefüllt; dagegen sieht man in großer Zahl die „neuen Organisationen" alias Sipo, alles Bauernburschen. Alle Vorbereitungen werden getroffen, um die bestimmt eintretenden Revolten zu verhindern. Denn darüber ist man sich auf beiden Seiten klar, daß die nicht ausbleiben.

Die Sozialdemokraten haben im Parlament mit ihrem Geschrei gegen das „Genfer Programm" aufgehört. Nach außen hin waren sie dagegen, in Wirklichkeit aber dafür. Sie sind nebenbei auf Geiß, denn der hat durchgesetzt, worum sie sich 3 Jahre lang vergeblich bemühten. Aber trotz ihrer Komödie hat die Arbeiterschaft jetzt doch ein wenig hinter ihre Barve sehen können. Und die Folgen sind schon zu bemerken. Ueberall herrscht eine Unruhe gegen die Partei und noch mehr gegen die Gewerkschaften. Ueberall macht sich jetzt eine Anti-Gewerkschaftsbewegung bemerkbar. Schon jetzt, wo die „Sanierung" noch nicht auswirkt.

Es hat jetzt eine Ueberraschung gegeben. Die Lebensmittel und die Getreidepreise sind fast um die Hälfte gesunken. Das hat aber seinen Grund nur darin, daß die Bauern Angst haben, die Preise könnten noch weiter sinken, und deshalb alles verkaufen. Es wird nicht lange dauern, dann werden die Preise wieder in die Höhe getrieben. Dafür sorgen schon die in nächster Zeit in Kraft tretenden Zollgesetze.

Objektiv betrachtet liegen also die Verhältnisse für uns jetzt hier sehr günstig, günstig sind die Arbeiter allerdings noch sehr zurück. Die Verhältnisse werden ihnen aber die Augen öffnen.

Aus der Partei

Vom Hauptausschuß der Partei geht dem Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg folgendes Rundschreiben zu:

1. Zentralausschuß-Sitzung. Am 13. Februar findet eine Zentralausschußsitzung mit folgender Tagesordnung statt:
1. Politische Lage.
2. Lage der Internationale.
3. Jugend.
4. Tätigkeitsbericht des Hauptausschusses.
5. Bericht aus den Bezirken.
6. Organisationsfragen: a) Aufbau, b) Parteitag, c) KPUD.
   d) Programmkommission, e) Presse.

Ein jeder Wirtschaftsbezirk hat einen Delegierten zu schicken. Die Wirtschaftsbezirke haben zu der Tagesordnung und zu der Wahl des Delegierten sofort Stellung zu nehmen. Zur Bedung der Unkosten ist eine einmalige Umlage von 6 Mark pro erteilten Mitglied zu erheben. Die Umlage kann auch von den Delegierten mitgebracht werden. (Spätester Termin.) Diejenigen Wirtschaftsbezirke, die ihre Pflichtbeiträge abgerechnet und die Umlage abgeführt haben, haben die Spesen und Fahrgeld 4. Klasse für ihren Delegierten vergütet.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Abstimmung auf der ZA. nach abgerechneten Beiträgen erfolgt, daß diejenigen Wirtschaftsbezirke Stimmrecht haben, die Pflichtbeiträge abgerechnet haben.

Das Tagungslokal wird den Wirtschaftsbezirken rechtzeitig mitgeteilt werden.

Der Pflichtbeitrag beträgt vom 1. Februar 20 Mark pro erteiltes Mitglied.

2. Organisatorisches

Diese Wirtschaftsbezirke liegen organisatorisch vollkommen darnieder. Man verspürt wenig geistiges, aktives Leben und vermißt jede eigene Initiative. Auch außen hin ist von einer KPD. nicht zu merken. Es ist unbedingt notwendig, daß organische Versammlungen von uns besucht werden. Wenn es nicht möglich ist, Diskussionsabende zu halten, so muß aber mindestens unsere Literatur und Zeitungen dort vertreten sein. Um diese und andere wichtige Aufgaben zu erfüllen, muß an jedem Ort ein Propagandaobmann sein.

Wenn irgend möglich, sind in den Ortsgruppen wissenschaftliche Kurse abzuhalten, denn die Schulung und Weiterbildung unserer Mitglieder darf nicht in den Hintergrund gedrängt werden.

Mitteilungen

KPD. und KPD. Groß-Hamburg

Am Mittwoch, den 24. Januar, 7.30 Uhr,
öffentliche Arbeiterversammlung
bei Jarr, Holsteinisches Haus, Kohlhöfen.

Tagesordnung:
Polizeiwillkür und Terror. Wo liegt der Feind? Genossen, agitiert für regen Besuch. Die Arbeitsausschüsse.

13. Bezirk. Am Freitag, den 19. Januar, abends 7.30 Uhr, pünktlich, Mitglieder-Versammlung in der Schulaula Guerickestr. 42. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung müssen alle Mitglieder erscheinen.

Oeffentliche Zustellung

Für den Preßfonds eingegangen: Von Krüger, Moabit, 20 Mark; 12. Bezirk (Wilmersdorf) 630 Mark; K.P.D. (Hallen) 5 Gulden.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Biers, Berlin; d. Verleger der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inhaber Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei Karl Bergmann Berlin S 42, Dresdenstraße 160.

Jahrg. Nr. 6. Preis 65 Mark.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO18, Landsberger Str. 6
Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen.
Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 49029

Abonnementspreis für Groß-Berlin 290 Mark halbmonatlich. Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 350,— M. halbmonatlich, nach dem Ausland 1500,— M. monatlich.

Der Rhodus

Es ist trotz alledem nur jämmerliche Stümperei, was die demokratische Republik ihren verhungernden Sklaven zu bieten hat. Man möchte so gern ein gehöriges Quantum „Durchhaltestimmung" erzeugen. Doch es geht eben nicht recht. Es fehlt eben an dem allernötigsten. In ein paar Tagen ist der Dollar von 8000 auf ziemlich das Dreifache geklettert, gerade wie zum Hohn und die Proletarier, die sich einfangen lassen, sehen allzu deutlich daß sie in dieser „Einheitsfront" geradewegs zum Schaffott marschieren. Die „Durchhaltestimmung" wird sehr schnell verfliegen, die Geschichte marschiert mit Siebenmeilenstiefeln. Dann wird und muß sich jeder einmal die wahre Sachlage herausstellen. Die Regierung richtet derweilen ihre Diktatur auf. Die Vorbereitungen dazu sind in vollen Gange. Der Antrag:

Der Regierung die Ermächtigung zu geben, ohne Reichstag, diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, die sich zur Abwendung der aus der wirtschaftlichen und sozialen Not für die Allgemeinheit drohenden Gefahren als notwendig erweisen."

Von sämtlichen bürgerlichen Parteien einschließlich der VSPD. letztere wendet in letzter Zeit stets den Trick an und läßt einer Zahl ihrer Bonzen weiße Zettel abgeben, damit ihre Genossen nicht so provokatorisch wirken sollen) besagt schon genug.

Das deutsche Kapital hat in seinem Kampfe mit dem französischen Rivalen alles auf eine Karte gesetzt. Triumphierend meldet die Stinnespresse, daß die „Wirtschaftsführer" trotz Gefängnisandrohung nur den Befehlen ihrer Regierung gehorchen. Vom proletarischen Standpunkt aus betrachtet ist das ein richtigen Gesichtspunkt aus betrachten und wird sehr schlecht finden; daß trotzdem es dasselbe ist, gerade das Umgekehrte der Fall ist. Die Regierung folgt willig den Befehlen der Kapitalisten, und ihre Erlasse sind die Erlasse der Schwerindustrie. Daß sie diesen ihren eigenen Befehlen Folge leisten, muß man schon in Anbetracht des normalen Zustandes der deutschen Kapitalisten voraussetzen.

Und diese deutschen Kapitalisten mit ihren gewerkschaftlichen Ratgebern wissen natürlich was kommen wird. Was sich ohnehin gekommen wäre. Sie wissen, und haben den Weg dazu rechtzeitig beschritten, daß die demokratische Republik ein sinkendes Schiff ist. Die Firma Stinnes-Lubersac hat in ihrem Gesellschaftsvertrag schon vorsorglich den Todesurteil über diese Republik ausgesprochen. Der erbitterte Kampf, der sich jetzt zwischen zwei Kapitalsgruppen, dem französischen und dem deutschen Kapital abspielt, ist begreiflich, ist erklärlich, ist selbstverständlich. Je mehr es das Kapital fertig bekommt, das Proletariat vor seinen Wagen zu spannen, je mehr das Proletariat von seinem Kampf Kapitalsinteressen vertritt, desto offener und ungestörter kann das Kapital seinen Kampf miteinander austragen. Das deutsche Kapital wird die Wirtschaftssabotage auf die Spitze treiben und das französische seinen Militärapparat immer weiter um die Kohlengruben konstruieren. Und beide werden die Niederträchtigkeiten ihres Rivalen in die Welt hinausschreien. Bis die Folgen für das Proletariat unerträglich werden und das Proletariat gegen seine Peiniger aufsteht. Bis die proletarische Revolution ihr Haupt erhebt. Bis die Arbeiter selbst ihre Hand nach den Fabriken, nach dem Privateigentum ausstrecken. Dann wird die internationale Konterrevolution kein Vaterland mehr kennen. Dann werden sich die Geister scheiden: Die Kapital — hie Arbeit.

Die ganze Weisheit der kleinbürgerlichen Trabanten des Kapitals sich natürlich darüber verwundern, daß sie gibt eben weiter nichts als „Recht" und „Unrecht". Sie beweisen eben nicht, daß der französische Imperialismus im Recht" ist, wenn er das einzutreiben sucht, was er gebraucht, um nicht selbst zusammenzubrechen. Denn letzten Endes ist die Frage des Krieges doch eine Frage der Machtverhältnisse fundierten „Rechtsstreitfrage", entschieden. Das bedeutet nicht, aus, daß das deutsche Kapital ebenfalls im Recht" ist, wenn es sich mit Haaren und Zähnen gegen die Abschneidung seines Profitanteils innerhalb des zu schaffenden westeuropäischen Ausbeuterkonzerns wehrt. Es muß eben begreifbar schwer sein zu begreifen, daß die Folgen für die Arbeiterklasse dieselben sind, ob „ihr" Kapitalsanteil recht bekommt oder nicht. Warum wohl? Weil der Kapitalismus wohl seine Ausbeutung steigern, aber keine neue Absatzgebiete schaffen kann. Die Schaffung neuer Absatzgebiete muß auf Kosten des Konkurrenten gehen durch militärische Niederringung. Das ist in diesem Falle ja bereits geschehen mit dem Erfolg, daß der Reigen sofort beginnen müßte, und ohne Pause fortgesetzt werden müßte, wenn übernaupt dies einen Sinn hätte. — Der Krieg des Kapitals richtet sich stets gegen das Proletariat und richtet sich auch jetzt gegen das Proletariat, wo man hin als „Wirtschaftskrieg" fährt. Dieser Krieg, der doch keine neuen Märkte erobert werden können, sondern indem durch die dadurch erfolgte Zerstörung von Produktionsmitteln, von Arbeitskraft und Kaufkraft der Zwang zur weiteren Einschränkung der Produktion auf dem Fuße folgt, weil eine Profitwirtschaft aufhört zu funktionieren, in dem Maße eben die Profitrate schwindet, ist in seiner Wirkung dasselbe. Die deutschen Proletarier sind deshalb jetzt diejenigen, die dem Heer, das sich auf dem Marsche in die Barbarei zurück befindet, zuerst eingereiht werden. Sie protestieren dagegen. Versteht sich. Aber sie überlegen sich nicht, daß, wenn das deutsche Kapital die Macht hätte, die das französische hat, — und das wünschen wohl die meisten — eben dann das französische oder ein anderer Teil des Weltproletariats sich dem österreichischen anschließen würde. Und sie vergessen weiter, daß der Zeitpunkt kommen müßte, wo auch ihre Maschine, die sie noch bedienen, zum Stehen kommen müßte, einfach deswegen, weil die in Schmutz und Dreck und Schwindsucht und Pest verkommenden Arbeitermassen als Käufer nicht mehr in Frage kommen.

In diese letzteren werden jetzt große Teile des deutschen Proletariats eingereiht werden. Und das deutsche Kapital bereitet sich schon für die kommenden Märztage vor. Die KPD. beklagt sich wohl bitter darüber, daß die Kapitalisten Hochverrat an ihrem eigenen Staate begehen und keine Steuern bezahlen. Jedoch die deutschen Kapitalisten wissen auch ohne den Rat der KPD., was sie tun. Vorderhand brauchen sie die KPD. noch nicht. Vielleicht dann, wenn Stinnes bei einem Dollarstand von 100 000 die deutschen Eisenbahnen gekauft hat, und weiter nichts mehr zurückläßt wie die zu Tode gehetzte Sklavenherde. Vielleicht, daß das deutsche Kapital dann eine „Arbeiterregierung" einsetzt, damit dieselbe von Stinnes Gnaden das Todesglöcklein der deutschen Arbeiterklasse läutet und so das Begräbnis etwas würdiger gestaltet wird. Jedoch bis dahin ist noch gute Weile. Dieser Rhodus ist mit Gefahren verbunden. Die deutsche Arbeiterklasse liegt noch nicht am Boden. Die ersten großen Schläge wird sie erhalten, ehe sie sich von dem nationalistischen Rausch erholt. Eine zweite bis jetzt sehr gute bewährte Methode sind gut disziplinierte Streiks der einzelnen Gruppen durch die Gewerkschaften. Die Metallarbeiter Berlins sind soeben in der nicht leichten Lage, mit ihrem Streik den Gewerkschaften das Kapital zu zwingen, ihre Forderungen zu erfüllen. Und man weiß wirklich nicht: können sie nicht, oder wollen sie nicht. Sie merken wohl selbst das Unsinnige und Aussichtslose eines Streiks um Lohnerhöhungen, die schon in den ersten drei „Kampftagen" überholt sind. Und weiter nachzudenken, was werden soll, dazu reicht es noch nicht.

Die Entwicklung der nächsten Wochen werden unter dem deutschen Proletariat weitere ungeheure Verheerungen anrichten. Und die Gelegenheit für die deutsche Arbeiterklasse, entscheidend einzugreifen in das weltgeschichtliche Triebrad, war selten so günstig wie gerade jetzt. Der revolutionäre Aufstand des deutschen Proletariats gegen seine eigenen Ausbeuter, kann die Pläne des französischen Imperialismus mit einem Schlage über den Haufen werfen. Nicht, daß das deutsche Proletariat den Weltproletariat Ehmit einen Gefallen erweist, nein: das deutsche Proletariat steht an einem entscheidenden Wendepunkt. Es hat er in der Hand, durch die Tat dem französischen Proletariat zu beweisen, daß es seine Pflicht erkennt, und wird nicht unsonst rufen. Es wird das rheinisch-westfälische Proletariat mit dem französischen und dem übrigen deutschen Proletariat auseinanderreißen. Es wird dann sich zeigen, daß die nationalistische Pest ausreißen und die Luft reinigen. Die Krise verschärft sich. Die Arbeiterklasse muß sie bewußt auf die Spitze treiben. Denn nur im entschlossenen revolutionären Kampf, vermag sie den Todfeind zu besiegen.

Erkennt jedoch das Proletariat die Zeichen der Zeit nicht und läßt es sich von nationalistischem Taumel und pazifistisch verlogenen Friedensgeweisel einlullen, so werden unter patriotischen Weisen und kitschischen Gassenhauern weitere Tausende von Proletarierkindern ins Grab sinken, die Teuerung ins Wahnsinnige steigern und Arbeitslosigkeit in riesigem Umfange ihren Einzug halten. Dann wird die Straße auf dem Fuße folgen und das deutsche Kapital die weißen Bestien unter dem Kommando der deutschen Faszistenhäuptlinge in Aktion setzen. Eine neue blutige Niederwerfung der Arbeiterklasse in Deutschland, das ist für das Kapital in allernächster Zeit eine Lebensnotwendigkeit. Das Kapital weiß, daß der kommende Hunger die Sklaven zur Rebellion treibt, und daß es diese im Blute ersticken muß, wenn es leben will.

Revolutionäre Erhebung mit dem unverrückbaren Ziel: Aufrichtung der Diktatur des Proletariats oder inhaltlose und kraftlose Hungerwellen, die mit blutigen Niederlagen enden müssen.

Hier ist der Rhodus, hier gilt es zu springen!

Gegen den Chauvinismus

Eine russische „Friedensbotschaft"

Wer würde wohl heute noch einen Pfifferling auf eine Wilsonsche Friedensbotschaft geben? Oder auf eine solche des Papstes? Es waren die Friedensapostel ihrer Zeit. Sie predigten den Frieden, während die Flammen der russischen Revolution gefährdrohend die kapitalistische Welt beleckten und — jene Friedensschalmeien, das werden auch die russischen Arbeiter begriffen haben, ihre konterrevolutionäre Wirkung wahrhaftig nicht verfehlten. Heute würden diese Weisen des Pfaffentums und des internationalen Kapitals nicht mehr verfangen. Dazu war die Enttäuschung zu furchtbar. Heute kann das Proletariat nur noch verwirrt werden von denen, denen es einst sein Vertrauen schenkte. Heute ziehen nur noch die konterrevolutionären Kräfte, die sich hinter dem Firmenschild „Kommunistische Internationale" verbergen. Das internationale Kapital muß bereits die letzten Reserven heranziehen. Das „Rußland der Arbeiter und Bauern" muß die Mission der katholischen Kirche, die Mission Wilsons übernehmen — und hat sie übernommen. Bei der sich jetzt zuspitzenden, verschärfenden Lage, ist dieses „Rußland der Arbeiter und Bauern" gezwungen Farbe zu bekennen. Seine konterrevolutionäre Fratze offener zu zeigen. Die Moskauer Internationale versendet folgenden Aufruf:

„An die Völker aller Länder!"

Die Armeen des imperialistischen Frankreichs sind in das Ruhrbecken eingedrungen.

Aber das imperialistische Frankreich ist nicht allein schuldig. Seine Alliierten hätten sich auflehnen können, aber sie haben sich der Schaffung der Tatsachen nicht widersetzt. Entweder nahmen sie aktiven Anteil an dem Einfall in das Ruhrgebiet oder sie wuschen verräterischerweise ihre Hände in Unschuld, indem sie sich auf leere Proteste und unblutige Demonstrationen beschränkten. Deshalb ist ihre Verantwortung die gleiche. Die Verantwortung für alles, was sich ereignen wird, wird nicht nur die Regierung in Paris treffen — sie wird auch auf die Regierungen in London, Rom, Brüssel und Tokio zurückfallen.

Die Souveränität, das Recht des deutschen Volkes auf die Unabhängigkeit, ist mit Füßen getreten worden. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands, die so schon tief erschüttert war, hat von neuem einen tödlichen Schlag erlitten. Ein schreckliches Elend und eine unerhörte Unterdrückung bedrohen die arbeitenden Massen Deutschlands, und — Verschärfung des wirtschaftlichen Chaos bedroht ganz Europa.

Die Welt ist ernster in jenen Fieberzustand gestürzt, der dem Kriege vorangeht. Durch den Vertrag von Versailles ist Europa in ein Pulverfaß verwandelt, über das die Funken tanzen.

In diesen entscheidenden Tagen erhebt das Rußland der Arbeiter und Bauern von neuem seinen empörten Protest gegen die wahnsinnige Politik des imperialistischen Frankreichs und seiner Verbündeten. Von neuem protestiert es mit ganz besonderem Nachdruck gegen die Vergewaltigung des Rechts des deutschen Volkes auf Unabhängigkeit. Von neuem warnt es mit ganz besonderer Energie die Völker der ganzen Welt vor der Gefahr neuen Blutvergießens, die heute Europa bedroht. Völker Europas! Der Frieden ist in tödlicher Gefahr. Das Schicksal des Friedens liegt in Euren Händen.

Moskau, den 13. Januar 1923.

Der Präsident des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees.
Kalinin.

Der Sekretär des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees.
Sergeow.

Dies ist noch nicht die ganze Wahrheit. Bucharin hat auf dem 4. Kongreß der Komintern ausgesprochen

daß Sowjetrußland unter Umständen mit gewissen unterdrückten und halbunterdrückten bürgerlichen Staaten Bündnisse schließen könnte. Als Beispiel dafür dient das Bündnis Sowjetrußlands mit der Türkei zum gemeinsamen Kampf gegen den westeuropäischen Imperialismus. („Rote Fahne" vom 18. Januar.)

Das ist deutlich. Der „Aufruf" findet durch diese Sätze überraschend schnell seine Erklärung. Deutschland ist einer jener „halbunterdrückten" bürgerlichen Staaten. Wer mit einem kapitalistischen Staat ein Bündnis eingehen will, muß natürlich hübsch darauf achten, daß das Kanonenfutter gehorcht. Wer das von Klassenstaat und Revolution redet, der untergräbt das Fundament dieses „militärischen" Bündnisses. Bei der ungeheuren geradezu katastrophalen Not der arbeitenden Massen gibt es nur ein Mittel, die Arbeitermassen von ihrem eigenen Befreiungswerke abzuhalten, das ist die schofelste Hetze gegen den „Feind". Das ist der übelste Chauvinismus, der unter demagogischen, pazifistischen Phrasen die Arbeiterklasse an die eigene Bourgeoisie kettet. Das ist ferner eine Taktik, die die trotzdem rebellierenden Massen tödlicher zur Niederlage führen muß unter dem Kommando der dafür ausgehaltenen Sektionen. Das ist die Propaganda des „Kampfes" gegen das Kapital unter den Parolen der „Produktionskontrolle" und der „Erfassung der Sachwerte" zum Zwecke der „Erfüllung". Das ist ferner das frivole Spiel mit dem Proletariat, wie es sich in Ludwigshafen zeigte. Eine solche Taktik, durch die auf der einen Seite das Proletariat gewonnen werden soll mit revolutionären Phrasen, die aber in ihrem Ziel auf einen Burgfrieden mit der Bourgeoisie hinausläuft, in ihrer letzten Konsequenz die Arbeitermassen zum Kanonenfutter des Kapitals peitscht und den Krieg gegen die eigenen Klassengenossen bedeutet, — hat logischerweise zur Voraussetzung, daß die unter der Katastrophe sich aufbäumenden Arbeiter von den Sektionen zum „Kampfe gegen das Kapital" geführt werden unter Voraussetzungen und Umständen, daß diese Rebellionen fortdauernd mit wuchtigen Niederlagen enden. Nur so kann dem Proletariat, das sich trotz des nationalistischen Taumels erhebt, das Rückgrat gebrochen werden. Die Zwingburgen der Gewerkschaften zu erobern ist daher notwendig — als Propaganda. Von der Unmöglichkeit dieser „Eroberung" ist man jedoch selbst überzeugt. Nur die auf die Spitze getriebene Demagogie, die hier eingestandene Skrupellosigkeit, mit der man das Vertrauen, das sich das russische Proletariat dies erwarb, jetzt für seine konterrevolutionären Zwecke ausnützt, erklärt das Geschrei über die „Reformisten". Der Verrat der Gewerkschaften jedoch ist eine Voraussetzung für das Gelingen des Planes der Komintern ebenso, wie eben die Niederhaltung der Revolution eine Voraussetzung für die kapitalistische Außenpolitik Rußlands ist. Und dieser Politik entspringen solche Parolen, solche „Friedensschalmeien", die die Bolschewiki einst, als sie noch in den Reihen des revolutionären Proletariats kämpften als das entlarvten, was sie und ihre Propheten sind. (Wir veröffentlichen an anderer Stelle einen Aufsatz Lenins zu dieser Frage aus dem Jahre 1917.) Als Verrat an der Arbeiterklasse durch die Lakaien der Bourgeoisie.

Für die proletarische Revolution

Wir gehen einer Epoche der sich verschärfenden Krise entgegen. Es ist müßig, darüber zu streiten, unter welchen Bedingungen und wann das deutsche Kapital sich mit dem französischen Kapital verständigen wird. Für die Arbeiterklasse gilt es zu erkennen, daß die Geschichte auch in ruhigen Zeiten nicht still steht. Der Vorstoß des französischen Imperialismus auf deutsche Kohlengruben entspringt derselben Zwangslage, der alle kapitalistischen Maßnahmen entspringen. Sehon heute jammern alle Spießer über die Zerreißung des Vertrages von Versailles. Ueber denselben Vertrag, den sie stets so laut und offen verflucht haben. Sie haben Grund genug, sich über das noch größere Unglück aufzuregen. Ueber das von neuem gestörte Gleichgewicht zu heulneiern. Der erbitterte Kampf, der jetzt um die Vorherrschaft über die Kohle und Eisenerze in Europa offen entbrannt ist, rollt wieder das ganze Problem der kapitalistischen Verschlingungen auf. Denn: Mag Frankreich sich die Kohlengruben aneignen. Die Schuldenzahlen Europas an Amerika werden dadurch nicht geringer. Was weiß man selbst in Frankreich über die Aktion Poincarés zu melden? Der positive Gewinn steht in gar keinem Verhältnis zu dem Kostenaufwand, den der militärische Apparat verschlingt. Mag die Haltung der Arbeiterschaft auch keine revolutionäre sein. Praktisch wird die Kohlenförderung zurückgehen, und ist schon zurückgegangen. Mag der nationalistische Taumel eine Zeitlang die Gehirne benebeln: Die ins grenzenlose steigende Not wird letzten Endes den Kampf der Ausgebeuteten gegen alle Ausbeuter doch auflodern lassen. Mag auch das Proletariat noch nicht die Kraft finden, seine Peiniger niederzuschlagen. Alle Maßnahmen der herrschenden Klasse, die Krise zu beheben, werden dieselbe nur noch verschärfen.

Die kapitalistische Fronarbeit, die die Proletarier Deutschlands und Oesterreichs in den Friedensjahren hinter sich haben, war von seiten dieser Proletarier doch nur willig vollbracht in dem Wahn, den Kapitalismus zu retten. Jene Periode der Schufterei bei trocken Brot und Margarine, wird bis zu einem gewissen Grade aufhören. Die Zahl derer, die das Kapital noch mit der kärglichen Tagesration zu versehen vermag, wird immer kleiner. Sie gehen der Periode der „Sanierung" entgegen. Der Kapitalismus ist eben nur zu retten — noch eine Zeitlang, wenn die Arbeitermassen in Millionen auf den Friedhof wandern. Die Rolle des „Wiederaufbaues" wird jetzt an die französischen Proletarier übergehen. Der amerikanische Gläubiger wird diesen französischen Kapital die Daumenschrauben ansetzen. Er wird jetzt, wo die demokratische Republik, Deutschland, d. h. das deutsche Kapital auswandert und sich in die französische Wirtschaft flüchtet, jetzt, wo der französische Imperialismus seinen Willen durchsetzt, auf Zusahlung drängen. Und Frankreich wird „stabilisieren" müssen. Wird bezahlen müssen und wird — nicht können. Es wird die Steuerschraube in Bewegung setzen. Es wird wachsen und der Frank wird sinken, somit der Reallohn des französischen Proletariats. Und steigen wird, vorerst langsam, dann immer rascher die Not, die Arbeitslosigkeit, der Hunger.

Im Hintergrunde sind abgetaumelt und dem Tode preisgegeben die Arbeiter in Besigheim Deutschlands und die österreichischen Proletarier. Sie haben den Kelch fast bis zur Neige geleert, — noch nicht ganz. Sie sind mit ihren Gewerkschaften fast alle Stadien des reformistischen und pazifistischen Schwindels durchlaufen. Sie sollen wieder da anfangen, wo sie sich 1914 das eigene Schwert ins Herz stießen: Mit Trauerflor, „politischem" Burgfrieden. Durchhalten, sollen das Vaterland nicht im Stich lassen. Wie? Auf Bestellung der Bourgeoisie keine neuen Unglücke fügen. Sie, die auf dem Aussterbeetat stehen, sie sollen „den Frieden nicht stören", wie Moskau befiehlt. Sie sollen sich eine „Arbeiterregierung" wählen, und unter deren Kommando als unterdrückter oder „halbunterdrückter" bürgerlicher Staat ein militärisches Bündnis mit dem „roten" Rußland und der Türkei eingehen. Sie sollen jedoch auf keinen Fall auf den Gedanken kommen, daß es ihre Aufgabe der Arbeiterklasse ist, den Kapitalismus in Trümmer zu schlagen, sondern sollen als dumme kapitalistische Rekruten die Faust in der Tasche ballen ob des französischen Imperialismus, der das Recht auf Unabhängigkeit des „deutschen Volkes" mit Füßen tritt.

Die mit großen und kleinen Lügen, mit gewerkschaftlich parlamentarischer Schwindel geflickte Allianz Europas geriet jedoch in die Brüche. Der fortschreitende wirtschaftliche Zusammenbruch entlarvt alle Doktorkünstler selbst der geriebensten Mechaniker dieser alten Welt als Humbug. Mögen kleinbürgerliche Staatsgrößen den Versuch machen, durch ihre stumpfsinnigen und geistlosen Friedenspredigten die Arbeitermassen im Interesse ihres Landes noch von der Revolution, von ihrer befreienden Tat zurückzuhalten: Es kann und wird ihnen nicht gelingen. Der Weltkapitalismus mag jetzt auf die Dauer nicht gelingen. Der Weltkapitalismus mag jenseits des großen Wassers vielleicht noch nicht den sichtbaren Todeskeim in sich bergen. Der Zerfall in Europa wird mit rasender Geschwindigkeit vor sich gehen und die Arbeitermassen zur Revolution zwingen. Und nur das Proletariat der Industrieländer hat die Möglichkeiten und ist dazu berufen, den ersten Mauern der kapitalistischen Festung niederzureißen — nicht mit Hilfe „halbunterdrückter kapitalistischer Staaten", sondern es muß dem Gesamtkapital den offenen und blutigen Krieg erklären. Die einzige zukunftverheißende Orientierung ist die internationale Arbeiterklasse, und die einzig mögliche Gesellschaftsordnung ist der Kommunismus.

Und unser Feind lautet Krieg! Krieg dem Kapital! Revolution! Und der Kriegsruf der proletarischen Revolution wird allen konterevolutionären Friedensstromopeten letzten Endes auch die richtige Flötentöne beizubringen wissen.

Ein „revolutionärer" Parlamentarier über seine Pflicht

In den sozialdemokratischen Blättern wurde anläßlich der Denkmalsaffäre die intensive Spitzeltätigkeit der KPD. bewundert und behauptet, daß die eine der zwei Millionen Belohnung, die die Kommunisten der Jugend erhalten habe. Weiter wurde behauptet, daß der Landtagsabgeordnete Richard Schnetter der führende Geist in der KPD.-Abteilung in wäre und nicht davor zurückschreckte frühere Genossen der KPD. um der Belohnung willen ins Zuchthaus zu bringen. Der „Vorwärts" meint dazu, daß, wenn auch die VSPD. diese Taten nicht billige, es doch gerade von der KPD., die das Wort „Verrat" gegen die „Amsterdamer" so häufig und geläufig gebrauche, eigentlich nicht berühre, ihre früheren Genossen möglichst rasch hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Die „Rote Fahne" brauchte netto drei Tage, bis sie, resp. Herr Landtagsabgeordneter Schnetter in für eine „Erwiderung" fahrbereiten. Um uns nicht in den Verdacht zu setzen, diese Erwägung zu entstehlen, wollen wir sie wörtlich wiedergeben:

„Verräter! Verräter!

„Der „Vorwärts", die „Leipziger Volkszeitung", das „Volksblatt" in Halle und andere mitteldeutsche Blätter der VSPD. verbreiten in sensationeller Aufmachung die Nachricht, ich hätte, um mir die von den bürgerlichen Parteien und dem Staatsanwalt versprochene Belohnung von mehr als 2 Millionen Mark zu verdienen, nach der Sprengung des Denkmals in Halle sofort der Polizei alle Einzelheiten des Attentats sowie den Rädelsführer verraten, um sie den Gerichten auszuliefern.

Ich erkläre hierzu in aller Oeffentlichkeit:

Die Behauptung, ich hätte der Polizei begeben, um dort „Täter und Tatumstände zu verraten", ist eine gemeine Verleumdung!

Der Sachverhalt ist kurz folgender:

Das Sprengstoffattentat auf das Denkmal in Halle wurde am Neujahrstage verübt. Am Sonnabend, den 5. Januar vormittags, wurde mir in meiner Eigenschaft als Abgeordneter mit der Bitte, zur Verhütung weiterer unsinniger Sprengungen der Polizei erscheinenden Gebrauch zu machen, unter Angabe des vermutlichen Lagerplatzes der Sprengstoffe mitgeteilt, daß für Sonntag, den 7. Januar, den Tag der sowohl von bürgerlicher Seite als auch von den Arbeiterparteien und den Gewerkschaften angesagten Demonstrationen, weitere Sprengstoffattentate bevorstünden. Ich sollte neben anderen öffentlichen Gebäuden während der Demonstrationen das Polizeipräsidium in die Luft gesprengt werden. Ich teilte somit sofort von dieser Meldung die Bezirksleitung der KPD. in Kenntnis. Wie die Bezirksleitung mir und im Auftrage dieser habe ich dann unverzüglich persönlich dem sozialdemokratischen Polizeidezernenten Dölz von den bevorstehenden Sprengstoffattentaten informiert, um ein unabsehbares Unheil zu verhüten.

Es ist eine Lüge, wenn behauptet wird, ich habe dem Herrn Dölz „Täter und Tatumstände des Denkmalsattentats verraten.

Zur Person des Sprengstoffattentäters Emil Werner sei festgestellt, daß weder dieser noch die von ihm zu dem Attentatsblödsinn verleiteten jungen Leute, jemals Mitglieder der Kommunistischen Partei gewesen sind. Emil Werner, der an den Märzkämpfen 1921 beteiligt gewesen sein soll — wann und wo ist in Halle unbekannt — war Mitglied der Kommunistischen Jugend, wurde aber aus dieser bereits im vergangenen Jahre wegen unproletarischen Verhaltens und des Verdachts der Spitzelei ausgeschlossen. In Rußland, wo er sich nach den Märzereignissen längere Zeit aufgehalten hat, hatte er wegen seiner anarchistischen Auffassungen Differenzen mit unseren dortigen Parteigenossen. Sein Abschub aus Rußland ist ohne Zweifel auf sein undiszipliniertes Verhalten zurückzuführen. Laut Polizeibericht hat Werner das Denkmalsattentat bei seiner Vernehmung damit motiviert, er habe damit eine Auseinandersetzung zwischen den Parteien links herbeiführen wollen.

Wenn nach diesem Tatsachenverhalt die sozialdemokratische Presse Verrat! Verrat! brüllt und es so hinzustellen beliebt, als hätte ich über die mir zur Kenntnis gelangten weiteren Attentatsabsichten unbedingt Stillschweigen bewahren müssen, so kennzeichnet dies nur die Einstellung gewisser VSPD.-Leute. Sie hätten seelenruhig das Polizeipräsidium mitsamt ihrem Parteigenossen Dölz in die Luft gehen lassen, nur — um keinen „Proletarischen Kämpfer" zu verraten? Nein! Nur um nachher die verhaßte Kommunistische Partei als Arbeitern um so besser des Putschismus denunzieren zu können.

Berlin, 17. Januar 1923.

Richard Schnetter,
Mitglied des preußischen Landtags.

Herr Schnetter ging also nicht zur Polizei, sondern zum Polizeidezernenten. Das ist etwas ganz anderes, der gehört ja nicht zur Polizei (!) Er hat es fertig gebracht „unendliches Unheil zu verhüten" und verwahrt sich entrüstet dagegen, dazu beigetragen zu haben, „Täter und Tatumstände zu verraten". Er beruft sich zur weiteren Charakterisierung seines ehemaligen Genossen Werner, „der niemals Mitglied der KPD., sondern der KJ." (wie wenn dies etwas anderes wäre) gewesen wäre auf den — Polizeibericht. Er sagt, er ging mit wegen der Belohnung nach dem Polizeidezernenten, (nicht zur Polizei) aber wieviel dabei trotzdem herausspringt, darüber schweigt er sich hübsch aus, ebenso wie sich die KPD. noch ausschweigt über die Million, die ein Jugendgenosse erhalten haben soll. Wir gehen wohl nicht irre, wenn wir annehmen, daß der Herr deswegen versucht abzustreiten, weil das Versprechen in der Tasche hat, daß die Empfänger der im Staatsanwalt ausgesetzten Belohnung von ihren Auftraggebern und Brötherren nicht preisgegeben werden. Daß dieser Fall zu dem Schluß kommt, daß er ein viel brauchbarerer Mitarbeiter des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten wäre, als dessen eigene Genossen, und daß diese ihre eigenen Genossen in die Luft sprengen, nur um der unschuldigen KPD. eins in die Schuhe zu schieben: Dies ist ein solch durchschlagendes Argument, daß wir es schon den Proletariern in der KPD. überlassen müssen, ob sie sich mit einem solchen Klassenkämpfer, dessen Argumentation weit unter dem Niveau eines Durchschnittsspitzels steht, identifizieren wollen oder nicht. Als Mitglied des preußischen Landtages jedoch ist der Mann auf dem richtigen Posten.

Die 3. Internationale über den „Frieden" früher und jetzt

Diese Ausführungen entnehmen wir einem Artikel Lenins vom Jahre 1917. („Eine Wendung in der Weltpolitik" — gegen den Strom, Seite 376.) Eine aktuelle Gegenstellung der prinzipiellen Gesichtspunkte, wie sie einerseits in diesem Artikel, anderseits in den oben wiedergegebenen Sätze abgedruckten Aufrufe der „Völker!" enthalten sind, zeigt, daß das Kapital nicht umsonst auf neue „sittliche Versöhnungspolitiker", „neue Kautsky" zu warten brauchte, die jetzt — „natürlich mit den besten Absichten und edelsten Beweggründen!" — lügen.

Die imperialistische Bourgeoisie braucht Lakaien beider Lager, die die Pfeifenjungen — um durch Rufe: „Nieder mit den Eroberungen!" zum Fortsetzen des Gemetzels anzuspornen, die Kautskys, um mit einer Lobhudelei für den Frieden die zu sehr erbitterten Massen zu trösten und zu ermüden. Und deshalb wird auch die allgemeine Vereinigung der Sozialchauvinisten aller Länder den Schein erwecken, eine allgemeine „Verschwörung gegen den Sozialismus" zu sein. Rundschreiben der Internationalen Sozialistischen Kommission in Bern spricht, jene „allgemeine Amnestie", von der wir so oft gesprochen haben, kann durch Zufall jetzt nur eine Aeußerung der prinzipiellen Einigkeit dieser beiden Richtungen, auch — „Sozialismus". Es ist kein Zufall, daß Scheidemann zur selben Zeit während über den „Verrat der Spartakusleute" schreit und auf das Drängen der Regierung mitteilt mit diesen Herren, wenn die Ziel gekommen sein wird. Aber wird der Leser vielleicht einwenden — kann man denn vergessen, daß der imperialistische Krieg „trotz alledem" doch bestehen ist als der imperialistische Krieg; daß, wenn sich nicht das ganze, so „nach Möglichkeit" doch „teilweise" das Programm des demokratischen Friedens verwirklicht werden kann; daß ein unabhängiges Polen besser ist als ein russisches Polen; daß die Vereinigung der italienischen Gebiete Oesterreichs mit Italien ein Schritt vorwärts ist? Die Verteidiger Turatis und Kautskys verstecken sich hinter solchen und ähnlichen Erwägungen und bemerken nicht, daß sie sich durch aus revolutionären Marxisten in bürgerliche Reformisten verwandeln. Kann man denn, ohne den Verstand verloren zu haben, verneinen, daß das Deutschland Bismarcks und seine sozialen Gesetze „besser" sind als das Deutschland Wilhelms? Daß die Ersetzung der Zarenmonarchie durch einen „besser" sind als das Rußland vor dem Jahre 1905? Haben denn die deutschen Sozialdemokraten (sie waren damals noch Sozialdemokraten) auf diesen Grundlage für die Bisherrschen Reformen gestimmt? Wurden die Stolypinschen Reformen von den russischen Sozialdemokraten beschönigt oder wenigstens unterstützt, außer natürlich von den Herren Potressow, Maklow und Konsorten, von denen sich jetzt selbst der Mitgeld ihrer eigenen Partei, Martow, mit Verachtung abwendet?

Die Geschichte steht auch während der Gegenrevolution nicht still. Die Geschichte schritt auch während der Zeit der imperialistischen Gemetzels, daß eine Fortsetzung der imperialistischen Politik der vorhergehenden Periode darstellt, vorwärts. Der Weltkapitalismus, der in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts die leitende und progressive Rolle gespielt hat, der freien Konkurrenz war, und der sich zu Anfang des 20. Jahrhunderts zum monopolistischen Kapitalismus, d. h. zum Imperialismus auswuchs, hat während des Krieges einen ordentlichen Schritt vorwärts getan, nicht zu einer noch größeren Konzentration des Finanzkapitals, worin auch zu einer Umwandlung des Kapitalismus in Sozialismus. Die Stärke der nationalen Verbindung, die Bedeutung der nationalen Sympathien hat in diesem Kriege das Schicksal der Irländer in der einen imperialistischen Koalition und der Tschechen in der andern gezeigt. Die sicheren Führer des Imperialismus sagen sich: wir können unsere Sache natürlich nicht ohne Unterdrückung der kleinen Völker verwirklichen, aber es gibt ja zwei Arten der Unterdrückung.

Es kann Fälle, es sicherer — und vorteilhafter — ist, durch Schaffung politisch unabhängiger Staaten, für deren finanzielle Abhängigkeit „wir" schon Sorge tragen werden, aufrichtige, gewissenhafte „Vaterlandsverteidiger" zu gewinnen. Es ist vorteilhafter, in einem ernsten, Kriege der imperialistischen Mächte der Verbündete eines unabhängigen Polizarlens zu sein, als der Herr des abhängigen Irland! Die Vollendung des Unvollendeten auf dem Gebiete der nationalen Reformen kann manchmal die imperialistische Koalition innerlich kräftigen — dies zieht z. B. einer der besonders niederträchtigen Diener des deutschen Imperialismus, R. Renner, richtig in Betracht — der, das versteht sich ja von selbst, durchaus für die „Einigkeit" der sozialdemokratischen Partei im allgemeinen und für die Einigkeit mit Scheidemann und Kautsky im besonderen ist.

Der objektive Gang der Dinge tut das Seine, und wie die Unterdrücker der Revolutionen 1848 und 1849 im gewissen Sinne ihre Testamentsvollstrecker waren, so waren auch die Dirigenten des imperialistischen Gemetzels gezwungen, gewisse staatskapitalistische, gewisse nationale Reformen durchzuführen. Dazu muß man die Massen, die durch den Krieg und die Teuerung erbittert sind, mit kleinen Zugeständnissen beruhigen. Warum sollte man ihnen eine „Einschränkung der Rüstungen" nicht versprechen, (und nicht teilweise durchführen: das verpflichtet doch zu nichts!) denn der Krieg ist ja ein „Industriezweig", der der Forstwirtschaft gleicht; es sind Jahrzehnte nötig, bis genügend große Bäume nachgewachsen . . . Das gleiche ist der Fall bei einer gewissen Zahl reichs und ercachsenes „Kanonenfutter" vorhanden ist. Und wir hoffen, daß in Jahrzehnten im Schoße der „einigen" internationalen Sozialdemokratie neue Plechanows, neue Scheidemänner, neue südliche Versöhnungspolitiker — neue Kautskys heranwachsen werden.

Die bürgerlichen Reformisten und Pazifisten sind Leute, denen, einer allgemeinen Regel zufolge, in dieser oder jener Form dafür gezahlt wird, damit sie die Herrschaft des Kapitals mittels kleiner Reparaturen, die sie ausführen, festigen, damit sie die Volksmassen beschwichtigen und sie vom revolutionären Kampfe ablenken. Wenn solche „Führer" des Sozialismus, Turati und Kautsky entweder durch direkte Bestechungen (in einer solchen hat Turati sich „versprochen", und zwar in seiner traurig bekannten Rede vom 17. Dezember 1916) oder aber durch Verschwelgen (darin ist Kautsky ein so großer Meister), den Massen die Idee der Möglichkeit eines demokratischen Friedens aufdrängen, der aus dem letzigen imperialistischen Kriege herauswächst, bei Beibehaltung der bürgerlichen Regierungen, ohne revolutionären Aufstand gegen das ganze Netz der imperialistischen Weltwechselbeziehungen, — dann sind wir verpflichtet zu erklären, daß eine solche Propaganda Volksbetrug ist, daß sie mit dem Sozialismus nichts gemein hat, daß sie nur eine Beschönigung des imperialistischen Friedens ist.

Wir sind für den demokratischen Frieden. Und gerade deshalb wollen wir dem Volke nichts vorlügen, wie Turati und Kautsky — natürlich mit den besten Absichten und auf den edelsten Beweggründen! — lügen. Wir werden die Wahrheit sagen: daß ein demokratischer Friede unmöglich ist, wenn das revolutionäre Proletariat Englands, Frankreichs, Deutschlands und Rußlands die bürgerlichen Regierungen nicht stürzt. Wir würden es als die größte Abgeschmacktheit betrachten, wenn die revolutionäre Sozialdemokratie sich überhaupt vom Kampfe für die Reformen lossagen wollten, darunter auch für den „staatlichen Ausbau". Aber gerade jetzt erlebt Europa einen solchen Moment, da man öfter als sonst die Wahrheit wiederholen muß, daß Reformen ein Nebenprodukt des revolutionären Klassenkampfes sind. Denn auf der Tagesordnung steht — nicht durch unseren Willen, nicht kraft irgendwelcher Pläne, sondern kraft des objektiven Ganges der Ereignisse — die Entscheidung über große, geschichtliche Aufgaben durch die Gewalt der Massen, die neue Grundpfeiler schaft und nicht durch Vergleiche, die auf dem Boden des verfaulten und sterbenden Alten geschlossen werden.

Gerade jetzt, wo die regierende Bourgeoisie sich vorbereitet, die Millionen des Proletariats friedlich zu entwaffnen und sie gefahrlos — unter dem Deckmantel einer edlen Ideologie und mit Anwendung pazifistischer Phrasen, mit denen sie wie mit Weihwasser besprengt werden, natürlich! — aus den schmutzigen, überlichenden, stinkenden Schützengräben, wo Morden ihre Beschäftigung war, zur Zwangsarbeit in die kapitalistischen Fabriken, Bergwerken, wo sie durch „ehrliche Arbeit" die hunderte Millionen der Staatsschuld abarbeiten sollen, gerade jetzt gewinnt jene Losung, mit der unsere Partei sich im Herbst 1914 an die Völker wandte, noch größere Bedeutung: Ueberführung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg für den Sozialismus! Karl Liebknecht, der zu Zwangsarbeit verurteilt wurde, war auch für diese Losung, als er von der Tribüne des Reichstages herab sprach: Wendet die Waffen gegen die Bourgeoisie der Kapitalisten des Landes! Wie reif die letzige Gesellschaftordnung für den Uebergang zum Sozialismus ist, hat gerade der Krieg gezeigt, als die Anspannung der Kräfte des Volkes mehr als eine halbe Millionen Menschen zur Ableistung von Zwangsarbeit, zur Reorganisation des gesamten Wirtschaftslebens durch ein Zentrum überzuschen. Wenn das unter der Leitung einer Handvoll Junker und Höflinge, im Interesse einer Handvoll Finanzgrößen möglich war, so wird es sicher unter der Leitung des klassenbewußten Arbeiter, im Interesse von Neunzehntel der Bevölkerung, die durch Hunger und Krieg erschöpft ist, nicht weniger möglich sein.

Aber, um die Massen führen zu können, müssen die klassenbewußten Arbeiter die vollständige Stagnation solcher Führer des Sozialismus, wie Turati, Kautsky und Konsorten erkennen. Die Herren halten sich für revolutionäre Sozialisten und sind auf entrüstet, wenn man ihnen sagt, daß ihr Platz in der „Bereit" wären, Turati und Kautsky auszuerkennen, gibt es nicht, solche, wo es möglich wäre, schon im voraus zu sagen, wann die Revolution ausbricht, und wie groß die Sicherchen sind. Die revolutionäre Situation in Europa ist offensichtlich. Offensichtlich die große Erbitterung, die Unzufriedenheit, und die Gärung unter den Massen die revolutionären Sozialdemokraten müssen alle ihre Kräfte darauf verwenden, diese Strömung zu stärken. Von der Stärke der revolutionären Bewegung des Proletariats, „aktiven Arbeitermassen Gelingen abhängen, ein wie großer Teil des „revolutionären" in der Tat verwirklicht und dem weiteren Kampf der Arbeiterklasse wenigstens etwas Nutzen bringen wird. Von der Stärke der revolutionären Bewegung wird im Falle ihres Gelingens, der Sieg des Sozialismus in Europa abhängen. Es wie die Verwirklichung eines nicht imperialistischen Weltenstillstandes im Kampfe Deutschlands gegen Rußland und England, und im Kampfe Rußlands und Deutschlands gegen England, oder im Kampf der Vereinigten Staaten gegen Deutschland und England usw.; sowie der Abschluß eines dauerhaften und wahrhaft demokratischen Friedens.

Den 31. Januar 1917.

N. Lenin.

Das Leben Rosa Luxemburgs

II.

Der Kampf, der nach außen von Rosa Luxemburg allein geführt wurde, war nicht gering. Denn Dazynski stand nicht allein. Kautsky stand auf seiner Seite. Der deutsche Parteivorstand — damals die Weltmacht in der Internationale — deckte ihn und wandte sich gegen Rosa Luxemburg. Und doch blieb der Erfolg nicht aus. Im Jahre 1896, in drei Jahren, war das Werk der Begründung des marxistischen Sozialismus in Polen beendet. 1896 erhielt sie bereits in London den Triumph, daß ihr Mandat auf dem Internationalen Kongreß anerkannt wurde. 1896-97 wurde der deutsche Parteivorstand erobert, 1900 erlebte sie in Paris den weiteren Erfolg, daß ihre Richtung als gleichberechtigt anerkannt wurde. Vor allem aber 1905 unter den Schlägen der Revolution bahnte sie neue Richtung ihrer Rechtfertigung vor der Geschichte: jene patriotische, nationalistische Richtung in der polnischen Sozialdemokratie wurde in der Revolution zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Unter den Schlägen der Revolution und unter den Schlägen der Agitatorin Rosa Luxemburg spaltete sich der soziale Patriotismus in Polen und wurde immer mehr bedeutungslos. — Rosa Luxemburg hat der polnischen Bewegung immer die Treue bewahrt. Bis 1912 in regelmäßigen literarischen Arbeiten, und später noch, auch während des Weltkrieges, aus dem Gefängnis heraus, hat sie den polnischen Freunden geholfen.

Sie selbst hatte, als im Jahre 1896, der schwerste Teil des Kampfes um den Marxismus in Polen gestritten war und als die theoretische Grundlegung vollendet war, sich mit dem Hauptteil ihrer Kraft neuen Aufgaben zugewandt. Sie hatte die Absicht, um der polnischen Bewegung eine größere Stütze zu sein, in die deutsche Partei einzutreten, und so beschloß sie, nach Deutschland zu gehen. Man war in ihrem Kreise in Zürich deshalb der Meinung: wenn man in Deutschland in der sozialdemokratischen Partei etwas gelten wolle, müsse man ein Doktor sein. So begann also Rosa Luxemburg im Herbst 1896 regelmäßig das Kolleg zu besuchen, und am 1. Mai 1897 promovierte sie magna cum laude zum Doktor juris. Damit war der eine Teil einer Existenz in Deutschland geschaffen. Ein anderer Teil war noch nötig. Um in Deutschland sozialdemokratisch zu wirken, durfte man kein Ausländer sein. Man mußte die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Nichts war leichter als das. In jener Familie Lübeck, von der schon erwähnt, wuchs eine Schar von Söhne auf, und Rosa Luxemburg trat mit einem dieser jungen Lübecks eine Scheinehe ein. Damit hatte sie die deutsche Staatsangehörigkeit erworben. Die Ehe wurde sofort wieder gelöst, und am Tage darauf reiste Rosa Luxemburg nach Deutschland ab.

In Deutschland standen 1898 die Reichstagswahlen vor der Tür. So kam Rosa Luxemburg frisch in die Wahlbewegung hinein; ihre Tätigkeit wurde sofort eine agitatorische. Sie fand zunächst in Oberschlesien Verwendung im Dienste des polnischen Proletariats. Dann aber begann ihre bestimmende Tätigkeit in der Partei. Die Wahlbewegung war vorüber, und mit einem Schlage stand sie so plötzlich auf den Felde, auf dem sie am stärksten war: in der theoretischen Polemik. In diesem Jahre 1898 veröffentlichte Eduard Bernstein zuerst seine Aufsätze: „Problem des Sozialismus", die theoretische Begründung des Revisionismus. Das starke Gebäude der deutschen Partei, das bis dahin so mächtig und ohne Sprung zu sein schien, geriet in heftiges Wanken. Kautsky, der damals berühmte Theoretiker, wurde unsicher, der Parteivorstand war schwankend geworden. Hier war Rosa Luxemburg im großen das, was sie schon im kleinen Krebe (Familie Lübeck) war, die Stütze aller Wankenden und Schwachen. Sie veröffentlichte in der „Leipziger Volkszeitung" eine Artikelserie „Sozialreform oder Revolution?". Diese Artikel waren eine Tat. Sie hatten einen doppelten Erfolg. Sie hielten die deutschen Parteilinstanzen und Theoretiker äußerlich auf der revolutionären Linie fest und machten die Verfasserin zur anerkannten Führerin einer Richtung. Sie hat damals den Revisionismus in der Partei das Wasser abgegraben.

Um jene Zeit wurden die beiden Redakteure der „Dresdener Volkszeitung" ausgewiesen, und Rosa Luxemburg wurde ihre Nachfolgerin. Sie blieb jedoch nur kurze Zeit in dieser Stellung und siedelte dann als freie Schriftstellerin nach Berlin über. Hier konnte sie noch einmal, in gründlicher Form, die Polemik gegen Bernstein wiederholen, als er sein Buch erscheinen ließ. Inzwischen aber war eine Sozialismus eine zweite Gefahr herangewachsen. 1910 war Millerand in das Ministerium Waldeck-Rousseau eingetreten, und damit war in der Internationale die Frage nach dem Ministerialismus aufgerollt. Jaurès, der stärkste Kopf der französischen Sozialdemokratie, verteidigte den Ministerialismus. Es ist etwas ganz Neues, daß Sozialisten in bürgerliche Ministerien, und der eben zerschmetternde Opportunismus in allen Ländern sog aus ihm neue Kraft. Vollmar verteidigte ihn ebenfalls in den „Sozialistischen Monatsheften".

Kein Gegner hatte sich in Deutschland gefunden; da trat Rosa Luxemburg auf den Plan. In fünf Artikeln in der „Neuen Zeit" hat sie den Kampf ausgetragen. Mit leichter Gebärde schob sie Vollmar beiseite und suchte den eigentlichen und stärksten Gegner in diesem Kampfe zu treffen: Jean Jaurès. Ihr Erfolg war, daß im Jahre 1904 auf dem internationalen Kongreß in Amsterdam die Frage des Ministerialismus in revolutionärem Sinne entschieden wurde, und daß alles Leben, daß der Opportunismus aller Länder dem Ministerialismus entnommen hatte, wieder erlosch. Jaurès war unterlegen und hat sich gefügt.

Das Jahr 1905 bringt die russische Revolution. Sie bringt mit jenem denkwürdigen Zuge der Petersburger Arbeiter unter Führung des Pope Gapon vor den Zarenpalast in Petersburg. Man stellte liberale Forderungen auf: nach einer Volksvertretung, nach Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und wie die liberalen Forderungen alle heißen. In einer Artikelserie in der „Neuen Zeit" wirft Rosa Luxemburg die Frage auf: Welches ist die Aufgabe und das Ziel des Proletariats in der Revolution? und sie hat die Frage so beantwortet, wie sie die Revolutionären nur

Die ersten Eingriffe der proletarischen Staatsmacht in das Wirtschaftsleben!

Der bürgerliche Staat zwingt mit seinen Machtmitteln jeden Staatsangehörigen zur Anerkennung und Respektierung des privaten Eigentums. Im Bürgerlichen Gesetzbuch, den gewerblichen und kaufmännischen Gesetzen sind die Normen festgelegt, wie das private Eigentum zu achten ist, und zugleich die Strafen festgesetzt, womit Verstöße gegen dasselbe geahndet werden. — Die staatliche Organisation sorgt für Ruhe und Ordnung, wohlgemerkt im Interesse des privaten Eigentums. Nun wissen wir: Das private Eigentum, mit seiner Profitwirtschaft führt zur Zerstörung der Wirtschaft, zum Untergang der Bevölkerung. Die zur Macht gelangte Arbeiterschaft hebt deshalb das Privateigentum auf und erklärt alle Werte als gemeinschaftliches Eigentum. Damit das letztere geachtet wird, ist an Stelle des Bürgerlichen Gesetzbuches ein proletarisches Gesetzbuch erforderlich, worin im allgemeinen festgelegt ist, wie das gemeinschaftliche Eigentum gegen private Eingriffe geschützt wird und welche Anrechte jedes einzelne Mitglied der Gesellschaft an den vorhandenen und geschaffenen Werten hat. Die Ausarbeitung eines solchen Gesetzbuches wäre ein dankbare Aufgabe für Juristen, die den Wahnsinn unserer heutigen Gesellschaftsordnung durchschaut haben. Doch werden sich die allgemeinen Regeln für das Zusammenarbeiten und Leben beim gemeinschaftlichen Besitz wohl allmählich aus sich selbst herausbilden.

Eine der ersten gesetzlichen Maßnahmen wird die Regelung des Geldverkehrs nach den neuen Grundsätzen sein müssen. Einige Vorschläge in dieser Hinsicht sollen hier gemacht werden, um damit zugleich zu zeigen, wie bei einigem Verständnis und genügend scharfem Zutassen der proletarischen Staatsmacht unsere Wirtschaft sofort wieder in Bewegung gebracht werden kann.

Das Geld ist heute beweglich gemachtes Privateigentum, beweglicher Besitz; es ist eine Anweisung auf privates Eigentum. Das Geld wird beim gemeinschaftlichen Besitz beweglicher gemeinschaftlicher Besitz sein. Es wird zu einer Anweisung auf den gemeinsamen Besitz, und zwar in dem Maße, wie jeder einzelne zur Schaffung und Vermehrung desselben beitragt, wie er arbeitet. — Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. — Für die Arbeit jedes einzelnen die Wertung zu finden, wird die Aufgabe der Räte, der proletarischen Gewerbeordnung.

Die Regelung des Geldverkehrs, des beweglichen privaten Eigentums, erfolgt heute durch die Banken, im Auftrage privater Besitzer unter der Mitwirkung des kapitalistischen Staates, im Interesse des privaten Eigentums.

Die Regelung des Geldverkehrs im proletarischen Staat muß auch erfolgen durch die Banken, aber im Auftrage der arbeitenden Bevölkerung, vertreten durch die Räte und unter der Leitung und dem starken Schutze des proletarischen, des Rätestaates. Die privaten Besitzer des Geldes, nach deren Weisungen sich der Geldverkehr vollzieht, sind niemandem verantwortlich. Die Banken, die Räte, der proletarische Staat sind ihren Wählern, der arbeitenden Bevölkerung verantwortlich.

Nun befinden sich größere Mengen Geldes noch im Umlauf, in den Händen Privater, sind der Kontrolle durch die Banken entzogen. Die Russen suchten dieses Geld dadurch auszuschalten, indem sie planmäßig das Geld überhaupt wertlos machten. Sie vernichteten damit aber auch zugleich ihr eigenes Geld, machten damit die Werte ziemlich unbeweglich und kamen demnach zu einer primitiveren Wirtschaftsweise zurück. — Tauschhandel, bürokratische Gütervertellung. Wir wollen nicht darüber rechten, ob es richtig gehandelt war oder nicht. Das russische Beispiel beweisst uns nur, dass Russland zur ökonomischen Umwälzung noch nicht so reif war wie z. B. Deutschland. Den russischen Weg können wir nicht gehen, sondern wir müssen alles sich im freien Verkehr befindliche Geld unter die Kontrolle der Banken bringen.

Alle Banken und sonstigen Geldverkehrseinrichtungen werden zu einer einheitlichen Reichsbank zusammengefaßt, evtl. noch neue Zweigstellen dazu errichtet.

Jedermann-der, angenommen, ein Vermögen im Werte von über 10 000 Mark besitzt, hat bei derjenigen Zweigstelle der Reichsbank, die sich in seinem Wohnbezirk befindet, eine Vermögensangabe einzureichen. Nicht angemeldete Werte verfallen der sofortigen Beschlagnahme. Im übrigen bleibt er im Besitz oder besser in der Verwaltung seines Vermögens, natürlich unter der Beachtung der zum Schutz des Allgemeineigentums erlassenen Gesetze. Eine Ausnahme bilden die sozialisierten Betriebe und Unternehmungen, sie werden enteignet. Zahlungsmittel und sonstige Wertanweisungen sind bei der Bank zu hinterlegen. Um die umlaufenden Geldscheine usw. unter die Kontrolle zu bekommen, werden neue Geldscheine hergestellt werden, die letzigen für ungültig erklärt und innerhalb kurzer Frist gegen die neuen Scheine umgewechselt. Jeder kann nur für sich selbst umwechseln, und übersteigt sein Barvermögen, um wiederum eine Summe zu nennen, z. B. 5000 Mark, so erhält er bis 5000 Mark umgewechselt, der Rest wird seinem Bankguthaben zugeschrieben. Umgehungen müssen scharf bestraft werden. Die feineren Ausführungen all dieser Maßnahmen, evtl. noch bessere Vorschläge, das wird die Aufgabe der Bankfachleute sein. Jedenfalls, soviel ist sicher, durch sachverständiges energisches Zufassen können die großen umlaufenden Geldsummen aus dem freien, unkontrollierbaren Verkehr herausgezogen werden. Man beläßt den privaten Personen eine kleinere Geldsumme, wie schon gesagt evtl. 5000 Mark, zur Bestreitung persönlicher Bedürfnisse, während alle anderen Zahlungen durch Anweisungen auf das jeweilige Konto der Bank geschehen (bargeldloser Verkehr). Als Zahlungsmittel haben demnach, und zwar gesetzlich, nur Gültigkeit: Anweisungen auf die Reichsbank und die neu herausgegebenen Geldscheine. Alle übrigen Zahlungsmittel sind verboten, ihre Benutzung wird aufs schärfste bestraft. Nun wird man uns entgegenhalten, der Schleichhandel setzt sich doch durch. Demgegenüber behaupten wir, wenn der Geldverkehr durch die Reichsbank den Erfordernissen der Wirtschaft gerecht wird, so verliert der Schleichhandel seinen Boden, und wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die Banken mit dem Staate, der sozialisierten, d. h. der Großindustrie usw., als Rückhalt dieser Aufgabe viel besser gewachsen sein werden wie unsere heutigen Geldverkehrsinstitute.

Was hat man denn nun mit diesen Maßnahmen erreicht?

1. Ist die Macht des Geldes, welches in privaten Händen war, tatsächlich beseitigt, gegenüber Rußland, wo dieses nicht der Fall ist, und andererseits befindet sich alle Geldmacht in den Händen der Banken, d. h. des proletarischen Staates, wiederum im Gegensatz zu Rußland, wo von einer Geldmacht kaum mehr zu reden ist;

2. können alle Betriebe und Unternehmungen, welche sozialisiert sind, also wo die Räte die Verwaltung haben, ihre Arbeiter in altgewohnter Weise mit Geld bezahlen. Das bedeutet, daß der Betrieb sofort, ohne Hemmnis, weitergeführt werden kann. Auch die Rentabilitätsberechnung wird mittels der Geldrechnung Hand und Fuß haben;

3. können alle Betriebe, die nicht sozialisiert sind (und das werden in der ersten Zeit nicht wenige sein), auch sofort die Arbeit aufnehmen, weil auch hier, wenn auch kontrolliert durch die Banken, in altgewohnter Weise die Zahlungen erfolgen können;

4. können alle diejenigen Betriebe, wo der Besitzer sich weigern sollte, das Unternehmen weiterhin zu leiten, sofort von den Arbeitern oder Angestellten weitergeführt werden, weil ja dann die Bank mit Zahlungen einspringen kann;

5. kann die Bank denjenigen Betrieben, die jetzt aus Profitrücksichten stilllegen, aber gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten müssen, Kredite gewähren, ganz gleich, ob mit Unterbilanz gearbeitet wird oder nicht;

6. können durch Zahlungsentziehung diejenigen Arbeiten und Betriebe gehindert oder stillgelegt werden, welche nicht im Interesse der Bevölkerung liegen;

7. kann das Kleinhandwerk, welches noch auf lange Zeit hinaus notwendig sein wird, in der Zeit des Ueberganges durch Kredit tatkräftig unterstützt werden;

8. können die Arbeiter und Angestellten, mit Geld genügend entlohnt, ihre vielgestaltigen Bedürfnisse so befriedigen, wie es ihnen am bequemsten ist; wir vermeiden dadurch die umständliche Naturalöhnung.

Und 9. wird mit einer solchen Regelung die größte Mehrheit der Bevölkerung, die jetzt, den klassenbewußten Proletariern noch skeptisch gegenübersteht, zufrieden sein.

Nun der Handel, der Verkauf der Produkte. Auch dort gibt es nicht sogleich einen radikalen Umsturz.

Der Großhandel muß sofort sozialisiert werden, das steht fest; er steht unter der Leitung der Banken. Aber alle mittleren und kleinen Geschäfte läßt man selbständig, man bringt sie nur planmäßig dazu, ihre Waren vom sozialisierten Großhandel zu beziehen. Das läßt sich am besten bewirken durch Zahlungsgewährung oder Zahlungsverweigerung; alle geschäftlichen Zahlungen erfolgen ja bekanntlich dann durch die Banken. Nicht plötzlich wird dieses erfolgen, sondern in dem Maße, wie der Großhandel bei den Produktionsstätten mehr und mehr als alleiniger Käufer auftritt. Gesetzgeberische Maßnahmen in dieser Hinsicht können fördernd wirken. Muß nun der Kleinhandel mit dem Großhandel abrechnen, d. h. seine vereinnahmten Gelder dorthin abführen, und steht der sozialisierte Großhandel wiederum mit der Reichsbank in engster Verbindung, so fließt alles Geld, welches als Lohnung oder als Restbetrag bei der Umwechslung in die Hände von Privatpersonen gelangt ist, auf dem schnellsten Wege zurück in die Banken. Der Kreislauf kann von neuem beginnen, die Papiergeldflut wird verringert und privates Kapital kann sich kaum ansammeln. Sollte dieses trotzdem geschehen, so wird eine wiederholte Umwechslung der Geldscheine Wunder wirken.

Die wirtschaftlichen Beziehungen und der Geldverkehr mit dem Auslande werden zu regeln sein vom Großhandel im Verein mit der Reichsbank. Die Grenzen sind natürlich, solange wir es noch mit kapitalistischen Staaten zu tun haben, für den privaten Handel zu sperren. So wird man auch auf diesem Gebiet zu einer klaren, geordneten Uebersicht gelangen können.

Die Methode der Demokraten und Sozialdemokraten im Verein mit den Gewerkschaften, den Aufbau der Wirtschaft auf privatkapitalistischer Grundlage vorzunehmen, ist irrsinnig, bewirkt nur den weiteren Verfall.

Die Methode der russischen Bolschewiki, ohne die modernen, uns vom Kapital hinterlassenen Verkehrsmittel, zu denen in erster Linie das Geld gehört, die Wirtschaft aufzubauen, führt zurück zu einer primitiveren Wirtschaftsweise oder wenigstens zur Bürokratisierung.

Das Proletariat in Deutschland hat das Können und den Willen zum Aufbau. Es wird seiner Aufgabe um so eher gewachsen sein, je mehr es praktisch daran geht, alle Mächte und Werte, die ihm jetzt entgegenstehen, zu erobern und umzuschmelzen. Umzuschmelzen zu noch höheren Werten, zu noch größerer Macht, zu noch schärferen Waffen. Eine solche Waffe ist das Geld.

(Abdruck aus der „KAZ." 1. Jahrgang Nr. 144, Oktober 1920.)

Memel

Ein amerikanischer Mitlodar als Putschanstifter

Memel, 13. Januar. (WB. Drahtmeldung.) Die litauischen Freischaren sind bis Tilsit herangerückt. An mehreren Stellen wurden Schienenstränge aufgerissen. Der Zugverkehr Tilsit–Memel ist unterbrochen. Das in Memel befindliche Eisenbahnmaterial konnte von uns nicht geretitet werden.

Dazu meldet die „Chicago Tribune" aus Riga: Die Besetzung des Memeler Gebietes durch 8000 gut organisierte und bewaffnete Litauer ruft internationale Verwicklungen hervor, in die auch Amerika hineingezogen werden wird. Der Putsch wurde von einem bekannten litauisch-amerikanischen Großindustriellen Sticklorius, der in Amerika große Reichtümer erworben hat, organisiert, wie dieser auch die große Propaganda zugunsten einer Annektion des Memeler Gebietes durch Litauer bezahlt und betreibt. — Der kapitalistische Faszismus treibt die absonderlichsten Blüten.

Syndikalistische Träumereien

Die beste Revolution

In einer syndikalistischen Zeitung findet man folgende Reklame für die Weltsprache „Esperanto":

„Von allen Revolutionen ist die universale Sprache gleichzeitig die allerfriedlichste und aktionsfähigste, die unbewaffnetste und wirkungsvollste. Sie ist außerordentlich viel tiefer als eine politische Revolution. Denn sie formt nicht nur den Rahmen der Gesellschaft um, sondern sie formt auch den Geist des Menschen um."

Wenn der französische Pazifist Romain Rolland, von dem dies Geplapper stammt, mitsamt seinen syndikalistischen Nachbetern ein paar Jahre früher mit diesem Rezept gekommen wären, hätte das Proletariat viele Kämpfe und Opfer gespart. Genossen! Laßt uns zonige Ständer werden! Wir brauchen nicht die Eroberung der Betriebe! Wir brauchen nicht die Diktatur der Arbeit! Es lebe die schmerzlose Revolution mit „Esperanto!"

Sinnentstellender Druckfehler

In dem in Nr. 5 veröffentlichten Rundschreiben des Hauptausschusses muß es heißen:

Am 18. Februar (Sonntag) findet eine Zentralausschußsitzung statt usw. Nicht am 13. Februar.

Mitteilungen

Groß-Hamburg

Am Mittwoch, den 24. Januar, 7.30 Uhr, öffentliche Arbeiterversammlung bei Jarr, Holsteinisches Haus, Kohlhöfen.

Tagesordnung:

Poincaré oder Cuno! — Wo steht der Feind!

Genossen, agitiert für regen Besuch.

Die Arbeitsausschüsse.

AAU. und KAPD. Groß-Hamburg

Am Donnerstag, den 25. Januar 1923, abends 7.30 Uhr, bei Sauer, Caffamacherreihe 77,

allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

Wohin geht die Entwicklung des internationalen Kapitals. — Zum Programm der Partei.

Referent: Ein Berliner Genosse.

Mitgliedsbücher mitbringen. Die Arbeitsausschüsse.

Groß-Berlin

Gewerkschaftskursus

Sonnabend, den 20. Januar, 7 Uhr, Schule, Gitschstraße.

Es können noch neue Teilnehmer aufgenommen werden.

Der Obmann.

Achtung! 16. Bezirk Achtung!

Dienstag, den 23. Januar 1923, außerordentliche Mitglieder-Versammlung im bekannten Lokal. Erscheinen Pflicht.

VRUK.

von der AAU. durch Genosse Linke überwiesen: Von Genosse aus Amsterdam 30 000 M., Groß-Salza 1500 M., Gen. aus Hohenstein-Ernstthal 1200 M.

Nachruf

Der Genosse Karl Fiedler ist am 16. Januar verstorben. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Für den Pressefonds sind eingegangen: Von Kerausser, Wölfis, Thür., 2000 M.; Boström 200 M.; 4. Bezirk 400 M.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Liers, Lhafen a. Rh. Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inhaber Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstraße 160

KAPD-VERLAG

Bücher für die Belehrung:

Corvin: Der Pfaffenspiegel . . . 2000.—
Upton Sinclair: Das Buch des Lebens . 900.—
— Die Technik in der Urzeit . . . 800.—
Franz Jung: Hunger an der Wolga . 800.—
Bernstein: Lassalle, (in Halbleder) . 6000.—

Rote Romane und Gedichte:

Upton Sinclair: 100 %, Geschenkband 4000.—
— Jimmie Higgins, Geschenkband . 3000.—
— Der Sumpf, Geschenkband . . . 3000.—
Franz Jung: Arbeitsfriede, Geschkbd. 2000.—
— Die rote Woche (illustriert) . . 500.—
— Proletarier . . . . . 500.—
Bruno Schönlank: Blutjunge Welt . 250.—
Walter Hasenclever: Der politische Dichter . . . . . 500.—
Georg Herwegh: Reisst die Kreuze aus der Erden! . . . . . 500.—

Schneller Kaufentschluss Bedingung!

BERLIN LANDSBERGER STRASSE 6

KAPD-VERLAG

Bücher für jeden Genossen:

KARL LIEBKNECHT STUDIEN

über die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung

Preis zur Zeit: 7000 Mark

Das kommunistische Manifest

Das Erfurter Programm

Das Revolutions-Programm der USPD.

Das Programm d. KPD. (Spartakusbund)

Die Organisations-Programme der deutschen sozialistischen Parteien

Preis zur Zeit: 200 Mark

BERLIN LANDSBERGER STRASSE 6

. Jahrg. Nr. 7. Preis 65 Mark.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Betriebsorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO18, Landsberger Str. 6 Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 49029

Abonnementspreis für Groß-Berlin 290 Mark halbmonatlich. Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 350.— M. halbmonatlich, nach dem Ausland 1500.— M. monatlich.

Der Anfang vom Ende

Der Krieg ist mittlerweile in ein Stadium hineingeraten, in alle bis jetzt vorhandenen zusammenhängenden Vorstellungen zerriß und auflöste. Die widersinnigsten Parolen finden [illegible]. Die plumpeste Demagogie feiert wahre Orgien. Kein [illegible] denkt noch darüber nach, was werden wird, was werden muß, wo es doch gar nicht so schwer sein könnte — so [illegible] man annehmen — aus der hinter uns liegenden Tragödie [illegible] Schlußfolgerungen zu ziehen.

Da ist zum ersten die Verfassung der deutschen Großkapitalisten, die mit dem französischen Kapital nicht einig werden konnte, und sich nicht mit 40 Prozent begnügen wollten. Soweit man überhaupt einen Unterschied machen kann, in bezug auf den Grad der Brutalität, braucht man sich bloß des Briefes Lysseas an den Reichskanzler erinnern. Die Proletarier des Ruhrgebietes drohen mit dem Generalstreik, um mit dessen Hilfe die Preisfassung der deutschen Kapitalisten zu erzwingen. Die Gewerkschafter „billigen" natürlich diesen Generalstreik. Die deutsche Bourgeoisie ist voll von Lobeshymnen über die Arbeiterschaft.

Zugegeben, daß — momentan — die Fratze des französischen Militarismus sich abhebt von der „demokratischen Republik". Die Schuld Deutschlands ist es gewiß nicht, daß diese Waffen hat. Zugegeben, daß es eine Schande für Proletarier wäre, unter Aufsicht weißer Schergen zu fronen. Aber, ist es ein ganz deutliches Beispiel zu geben: Wenn nun Hindenburg oder Ludendorff zu gleicher Zeit Besitzer von Kohlenbergwerken wäre und sich unter den Verhafteten befinden würde? Ist es denn die Aufgabe des Proletariats, für seine eigenen Schlächter zu kämpfen? Ludendorff ist nicht „besser" und nicht „schlechter" als Stinnes, Thyssen usw., weil der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit eben kein Gegensatz von „gut" und „schlecht" ist. Die Gewerkschaften erlassen einen Aufruf, indem sie die deutschen Arbeiter auffordern für die Freilassung ihrer Ausbeuter und die Verteidigung der französischen Militärbanden zu „kämpfen". Wohl verstanden: die Arbeiterorganisationen. Man muß sich die Frage vorlegen: Bedarf es zum Aufstellen solcher Forderungen solcher Organisationen des Proletariats? Und Wenn das Proletariat keine anderen Ziele kennt, als die des Kapitals, ist es ein Unsinn, getrennt vom Kapital zu marschieren. Der Aufruf des Verbandes der deutschen Industrie lautet so gerade so, wie der der Gewerkschaften.

Es ist das Verhängnis des deutschen Proletariats, daß es erst durch furchtbare Rückschläge vom verkehrten Wege abgebracht ist bei der ersten besten Gelegenheit wieder hartnäckig zu betreten. Das deutsche Proletariat hat während des Krieges nur infolge der Niederlage des deutschen Militarismus geheilert. Er rebellierte nur, weil es sich selbst betrogen hatte durch die Niederlage, denn es hatte selbst auf „Sieg" gesetzt. Daher war auch die deutsche Revolution keine Revolution gegen das Kapital, sondern nur gegen die unterlegenen Kriegsherren. Einstweilen war eine demokratische Republik [illegible] Herrn marschgestimmert. Und im jetzigen Krieg [illegible] wir dasselbe Schauspiel.

Denn der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ist ein imperialistischer Krieg im wahrsten Sinne des Wortes. Gewiß marschieren keine Millionenheere auf. Jedoch das Kapital [illegible] die Energien zu nützen, die ihm zur Verfügung stehen, und es weiß [illegible] Waffen der geschichtlichen Notwendigkeit [illegible]. Der Zusammenbruch des deutschen mit dem französischen Kapital ist ein zwangsläufiges Ergebnis des Zusammenbruches der Erfüllungspolitik. Denn „Erfüllung" ist eben der Versuch, der gescheiterte Versuch, auf der einen Seite den Gegner zu vernichten, ihn zum Bankrott zu treiben und trotzdem Zahlungen herauszutreiben in einer Höhe, die eben eine gut [illegible] Wirtschaft voraussetzen, wenn sie geleistet werden sollen. Der franz. Imperialismus jedoch muß Erfolge aufweisen, und das deutsche Kapital hält die Zeit für gekommen, diese Erfolge durch eine großzügig durchgeführte Sabotage zu nichte zu machen, um den Bankrott des französischen Militarismus herbeizuführen. Keiner von beiden kann jedoch zurück, denn der Einsatz ist bereits zu groß und der Bankrott droht ebenso von allen Winkeln.

Deshalb wird das Verhängnis seinen Lauf nehmen und vielleicht enden und nur dann, wenn das Proletariat vom Hunger aufgepeitscht dem Kapital in den Arm fällt. Die Arbeiterklasse wird wieder einmal bei Strafe ihres eigenen Untergangs die Niederlage ihrer eigenen Bourgeoisie herbeiführen müssen, ob sie will oder nicht. Ein neuer „Friedensvertrag" wird das Ergebnis sein, und „verdorrte Hände" werden denselben wieder unterschreiben. Und die Bourgeoisie mit ihren Gewerkschaften werden sich die Hände reiben und lachen, wenn das Proletariat auf den neuen Schwindel hereinfallen wird. Die Fortsetzung dieses Weges, das bedeutet den Anfang vom Ende für das Proletariat.

Kampf für den Frieden bedeutet nicht Herstellung eines Zustandes aus dem der Krieg als zwangsläufiges Ergebnis entspringen muß. Bedeutet nicht in einer Einheitsfront mit der Bourgeoisie gegen eine andere Bourgeoisie den Kampf führen. Kampf für den Frieden bedeutet die Wurzel aller imperialistischen Kriege auszurotten, bedeutet die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit ihren Platzhaltern hinwegzufegen. Kampf für den Frieden, das bedeutet Revolution des Proletariats gegen alle Peiniger und mit allen Mitteln. Erst der Anfang des Unterganges des Kapitals wird der Anfang zum Aufstieg für die Arbeiterklasse sein.

41,5

München, 23. Januar. (TU.) Gestern abend fand eine große Menschenansammlung vor dem Hotel „Vier Jahreszeiten" statt. Die Landespolizei konnte gerade noch im letzten Augenblick gröbere Ausschreitungen verhüten. Das Personal des Hotels „Vier Jahreszeiten" hat ebenso wie dasjenige anderer Hotels erklärt, es würde die Arbeit niederlegen, wenn nicht die Franzosen und die Belgier das Hotel verlassen würden. Daraufhin hat die Direktion den im Hotel wohnenden Franzosen und Belgiern und auch den Mitgliedern der Ententekommission mitgeteilt, daß sie bis zu einer bestimmten Stunde das Hotel verlassen müßten. Um Mitternacht bildete sich auf dem Königsplatze eine große Menschenansammlung, wobei ein Scheiterhaufen errichtet, und unter Absingung der Wacht am Rhein ein Exemplar des Versailler Friedensvertrages verbrannt wurde.

Die letzten Geldmillionen, die die demokratische Republik für die bayerischen Heldentaten in Sachen Passau-Ingolstadt usw. vor kurzem erst blechen mußte, mit dem Versprechen, daß so etwas nicht wieder vorkommen darf, sind entweder noch nicht vergessen, oder sie fangen erst an, die Krautheber zu wurmen. Die Regierung bedindet bereits ihre „Friedensbereitschaft". Zu dem verbrannten Friedensvertrag, wird dann wieder die Strafe für das Verbrennen hinzugerechnet werden, und die Proleten werden Vertrag und Verbrennungsgebühren bezahlen. Und dies so lange, bis das Proletariat sich aufrafft und durch das Fegefeuer der proletarischen Revolution die nationalistische Pest und die von ihr Ergriffenen radikal ausrottet.

Volle Einigkeit

WTB. Der Reichskanzler hatte zum gestrigen Nachmittag die Vertreter der Spitzenorganisationen zu einer Besprechung eingeladen. In eingehender Erörterung wurde die Lage durchgesprochen und dabei volle Einigkeit über die zu ergreifenden Maßnahmen festgestellt. Seitens der Gewerkschaften wurden noch Anregungen gegeben, die von den zuständigen Ressorts verfolgt werden. Die einmütige Auffassung der Teilnehmer an der Besprechung ging dahin, daß in der erfolgreich begonnenen Abwehr des Rechts und Frieden brechenden, mit militärischer Gewalt unternommenen Einbruchs mit allen zweckdienlichen Mitteln fortgefahren werden muß.

50 000 Mk. „Besatzungsbeihilfe"

Essen, 22. Januar.

Allen Beamten und Staatsarbeitern des besetzten Gebietes sind 50 000 Mark ohne Unterschied der Kinderzahl und Klasse ausbezahlt worden. Bei guter Haltung wurden ihnen weitere Zulagen versprochen.

Da wir noch einer, die Gewerkschaften hätten keine „Erfolge" aufzuweisen, oder die deutschen Arbeiter hätten sich zu beklagen, wo die Brieftasche gar nicht mehr zureicht, den Segen unterzubringen. Die KPD. ist nicht ausschließend ärgert, weil die Canoriegerung dieser 50 000 Mark, ohne daß eine „Forderung" der KPD. vorlag, hat natürlich nichts eiligeres zu tun, als die Proleten im unbesetzten Gebiet aufzufordern, dasselbe zu verlangen. Hoffentlich bricht sich die Canoriegierung bei ihrem Feldzug, bei dem sie die Arbeiter mit „guter Haltung" mit „Liebesgaben" segnet nicht das Genick, und überhilft dann die Herauspressung dieser Liebesgaben zum Proletariat der „Arbeiterregierung". Denn das, was die KPD. den Arbeitern suggerierte, daß diese Forderungen auf die Dauer möglich wären, um sich „über Wasser zu halten", wie es in einen letzten Aufruf heißt, werden diese Proletarier natürlich auch ihrer „Arbeiterregierung" erzählen. Und dann werden sie erst merken, wie sie beschwindelt worden sind.

Die passive Resistenz der deutschen Bourgeoisie

Die deutsche Bourgeoisie hat gegenüber den vom französischen Kapital angewandten Gewaltmethoden einen passiven Widerstand organisiert, durch den die Ruhrbesetzung erstreben höheren Einnahmen illusorisch gemacht werden sollen. Sie versucht durch wirtschaftliche Maßnahmen das französische Kapital zur Verhandlung und zum Aufgeben der Besetzung des Ruhrreviers zu zwingen. Frankreich soll klar gemacht werden, daß es nicht allein in seiner Hand liegt, die Höhe der zu zahlenden Reparationsforderungen zu bestimmen, sondern, daß dazu auch im wirtschaftlichen Maße die Mitarbeit der deutschen Bourgeoisie erforderlich ist. Das französische Kapital will für die Einverleibung des Ruhrgebiets nichts zahlen und die Bedingungen dem deutschen Kapital diktieren. Es ist ganz selbstverständlich, daß sich das deutsche Kapital gegen diese Methode mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln wehrt. Dazu gehört insbesondere die Heranziehung sowie Verwendung des deutschen Proletariats in diesem Kampfe. Vorerst sollen die Aussichten des deutschen Kapitals für diesen Kampf erörtert und dabei unterstellt werden, daß das deutsche Proletariat von der deutschen Bourgeoisie ausgegebenen nationalen Parole folgt. Die Folgerungen für den Fall einer Gesamtarbeitsverweigerung, d. h. einer revolutionären Einstellung sind schon von uns ausführlich in den letzten Nummern der „KAZ." behandelt.

Das deutsche Kapital hat die Lieferung von Reparationskohlen, (67 000 t täglich) verweigert. Es hat für diese Politik die deutschen Eisenbahner und Bergarbeiter vorläufig zu einem großen Teil gewonnen. Sie unterstützten die Aktion der Kapitalisten. Die Sozialdemokratie erklärt in ihrem Zentralorgan, daß die die spontanen Proteststreiks gegen die Verhaftung einiger höherer Beamter ausdrücklich gebilligt und sich den Forderungen nach Entfernung der Soldateska, nach Aufhebung der vorgenannten Beschlagnahme angeschlossen. Es hat dazu angeführt, daß selbst, wenn die Verhaftsen ganz üble Scharfmacher gewesen wären und die Arbeiter gerade hier schärfsten Konflikt mit ihnen gestanden hätten, daß nach dem die Arbeiter gar nicht anders hätten handeln können, weil das ein Kampf für Recht und Menschenwürde sei". Es ist daher anzunehmen, daß es dem deutschen Kapital gelingen wird, die wirtschaftliche Ausnutzung des militärischen Einsatzes zu verhindern. Dies geschieht aber unter ganz anderen Umständen als das deutsche Kapital sich dachte. Die passive Resistenz erweist sich als eine sehr zweischneidige Waffe. Das französische Kapital beantwortet die von seinen deutschen Gegnern getroffenen Maßnahmen mit Gegenanordnungen, durch die die gesamte deutsche Wirtschaft lahmgelegt werden soll. Es beschlagnahmt Kohlenkähne, leitet die Güterzüge um, verhaftet die die Ausführung des passiven Widerstandes leitenden deutsche öffentliche und Privatpersonen, sperrt den Geldverkehr der Reichsbankstelle usw. Der Erfolg dieser Maßnahmen wird binnen kurzem das Ruhrgebiet lahmlegen können. Gerade dieses dicht bevölkerte Industriegebiet ist auf ein Funktionieren des Produktionsverkehrs und Geldwirtschaft angewiesen. Die Aufrechterhaltung der Ordnung ist eine Lebensfrage für das restliche Deutschland, das auf die Kohlenzufuhr und die Einfuhr von industriellen Erzeugnissen aus dem Gebiet angewiesen ist. Die Kohlenförderung ist schon ganz erheblich ins Stocken geraten. Die deutsche Regierung hatte mit einem Förderungsrückgang von 15—20 Prozent gerechnet. Dieser Prozentsatz ist bei weitem überschritten. Der Versand ist unter die Hälfte der normalen Lage zurückgegangen. Es liegt auf der Hand, daß dadurch die Lage der deutschen Industrie im unbesetzten Gebiet außerordentlich gefährdet ist. Die Aussichten, die fehlende Menge durch Einfuhr englischer Kohle zu ersetzen, ist sehr gering. Die Zufuhr ist von der Menge von ausländischen Devisen abhängig, welche für diesen Zweck zur Verfügung steht. Durch den weiteren Fallen der deutschen Mark ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß das deutsche Industriekapital versucht, die für die Einfuhr aus England notwendigen Devisen aufzubringen. Es versucht noch Möglichkeit, seine letzigen Bestände auszurollen, die es stets als Reserve betrachtet. Es will und kann sich nicht für eine letzten Devisenbestand erschöpfen. Die Valutaspekulation ist nicht in Frage, weil das deutsche Kapital sich auf diese Weise eine zukünftige Geldung auf dem Weltmarkt selbst abschneiden würde. Eine weitere Belastung erfährt noch durch die Notwendigkeit für beschlitte Einfuhr von Rohstoffen, das Devisenmaterial sicherzustellen. Die größte Besorgnis und Unsicherheit herrscht über die Stellungnahme der Arbeiterschaft. Das deutsche Kapital fürchtet, daß das Vertrauen zur deutschen Mark im Ausland so stark sinkt, daß die ungeheuren Markbestände nicht von der Spekulation auf den Markt geworfen werden und so erst Sturmflut hereinbricht. Für die Bourgeoisie der deutschen Mark ist charakteristisch, daß der Absatz deutscher Ware und der österreichischen Krone sich ganz erheblich vermindert hat.